NR. 198 / JUNI 2007 / FR. 8.00

ROTE ANNELIESE

Wasserzinse: Rolf Eschers Rohrkrepierer › 11

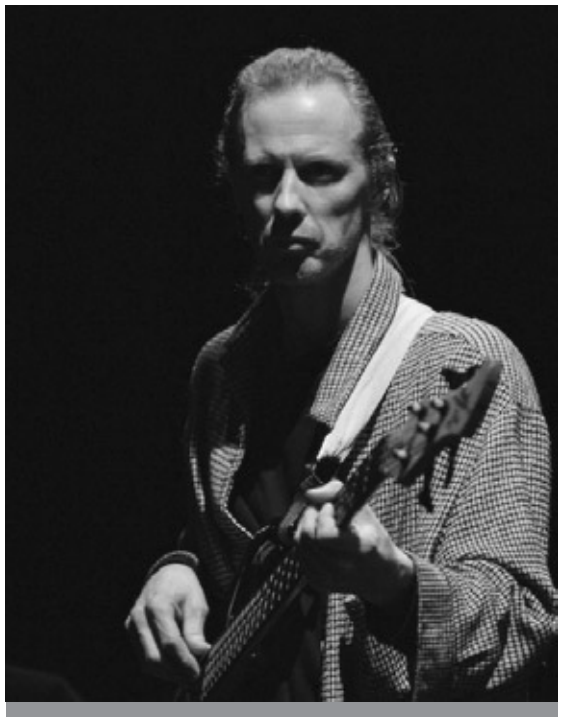
Nachbar in Not: Pfingst-Reise in die Toskana › 6

Gefängnisse: Zustände sind katastrophal › 9

Gutachten zum Spitalpfusch

Pflege top, Ärzte flop!

SEITE › 3



Speedy:

Bassist und Bohemien

SEITE › 15

Bezirksgericht Brig:

Zensur-Urteil gegen die Rote Anneliese

SEITE › 4

Aletsch Riederalp Bahnen:

- Heftige Turbulenzen
- A. Bass schweigt

SEITE › 8

EDITORIAL

Bezirksgericht Brig
Zensur-Urteil gegen die RA

Die gefährlichste Justiz ist jene, bei welcher sich politische Schlagseite mit juristischer Brillanz paart. Diese Gefahr besteht im Falle der Walliser Justiz nicht, denn meist fehlt die zweite Eigenschaft. Auch das Bezirksgericht Brig machte da in seinem Urteil gegen den Schreibenden, welcher vor Monatsfrist wegen Ehrverletzung zur Zahlung von 9200 Franken verurteilt wurde, keine Ausnahme.

Benno Tscherrig hatte vor zwei Jahren gegen den Schreibenden aufgrund von Artikeln über die Freistellung zweier Klosterfrauen in Unterems und über die Umstrukturierungen bei der Behindertenorganisation insieme Oberwallis Strafklage eingereicht. In ihrer 25-seitigen Urteilsbegründung kommen nun der Bezirksrichter Philipp Bumann und sein Schreiber Martin Andereggen zum Schluss, dass der Schreibende die Ehre von Benno Tscherrig verletzt haben soll.

Das Bezirksgericht hat offensichtlich auf den guten Leumund und die hohe Glaubwürdigkeit des Klägers Benno Tscherrig gesetzt. Es hat ihm einen Persilschein ausgestellt, obwohl er gegenüber dem Gemeinderichteramt und gegenüber der Kriminalpolizei nachweislich faktenwidrige Behauptungen aufgestellt hat. Es hat Tscherrig Recht gegeben, obwohl die Klosteroberin von Unterems gegenüber der Kriminalpolizei ausgesagt hat, dass sie sich von Tscherrig *«unter Druck»* gesetzt fühlte und sich deshalb gegen ihre eigene Überzeugung vom RA-Artikel distanziert hat.

Mit ihrer Begründung des Urteils haben Bumann und Andereggen nicht brilliert. Vielmehr haben sie ihre Magnetnadel auf das politische Kräftefeld ausgerichtet und ein Zensur-Urteil gefällt, welches der Medien- und Meinungsäusserungsfreiheit Fesseln anlegt. Die Verantwortlichen dürfen sich in Zukunft hinter anonymen Stiftungsräten, Vereinsvorständen und anderen Floskeln verstecken. Es ist klar, dass ein Freispruch eine gehörige Portion an politischem Mut und Zivilcourage abverlangt hätte. Die Verurteilung des missliebigen Journalisten, welcher die Walliser Justiz – und auch Richter Bumann selbst – schon mehrmals aufs Korn genommen hat, war allemal bequemer.

Die beiden wackeren Kämpfer für Ehre und guten Ruf und wider den *«tendenziösen»* Journalismus betätigten sich gar als Nachwuchs-Redaktoren und schwangen dabei ganz keck die Keule der Zensur. Dabei mussten sie zur Kenntnis nehmen, dass neben der Juristerei auch der Journalismus seine Tücken hat. Statt dem Schreibenden die Ehrverletzung nachzuweisen, produzierten sie gleich selbst eine ehrverletzende Aussage! Inzwischen hat der Schreibende gegen das skandalöse Zensur-Urteil beim Kantonsgericht Berufung eingelegt.

Kurt Marti

IMPRESSUM

ROTE ANNELIESE
Jugendabo: Fr. 25.–
Jahresabo: Fr. 50.–
Unterstützungsabo: 80.–
PC 19-8382-6

REDAKTOR
Kurt Marti

FREIE MITARBEITERINNEN
Jean-Pierre D'Alpaos
Hilar Eggel
Jacqueline Jost
Madeleine Kuonen-Eggo
Cyrill Pinto
Renata Werlen

HERAUSGEBER
Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

SATZ UND DRUCK
s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis

INHALT

Spitalpfusch:
Eindeutiges Gutachten
SEITE › 3

Zensur-Urteil:
Unhaltbare Begründungen
SEITE › 4

Nachbar in Not:
Pfingstreise in die Toskana
SEITE › 6

Solarstrom:
Bio-Betrieb plant Pionieranlage
SEITE › 7

Riederalp Bahnen:
Heftige Turbulenzen
SEITE › 8

Gefängnisse:
Katastrophale Zustände
SEITE › 9

Wasserzinse:
Alpen-Kantone planen Offensive
SEITE › 10

Philo-Aktuell:
Feinde der offenen Gesellschaft
SEITE › 13

J. P. D'Alpaos:
Portrait des Bassisten Speddy
SEITE › 15

Kolumbien:
Gefährliches Engagement
SEITE › 16

Spitalpfusch: Eindeutiges Experten-Gutachten im Fall Doris Hischier liegt vor

Pflege top, Ärzte flop!

VISP – Die RA hatte vor einem halben Jahr über die schockierende Patientengeschichte von Doris Hischier im Spital in Visp berichtet. In einer Rekordzeit liegt nun ein eindeutiges Experten-Gutachten im Auftrag der Zürich Versicherungen vor. Inzwischen haben sich Staatsrat Thomas Burgener und die Spitalverantwortlichen bei der Familie Hischier schriftlich entschuldigt.

VON KURT MARTI

RA-LeserInnen erinnern sich an die Horrorgeschichte von Doris Hischier (siehe RA 195), welche im Spital Visp mit einem Darmveschluss eine Woche lang nicht operiert wurde, bis sie schliesslich den eigenen Kot erbrach, welcher auch in die Lunge gelangte und damit zu einer Unterversorgung des Gehirns mit Sauerstoff und zu schweren, bleibenden Lähmungen führte. Seither ist mehr als ein Jahr vergangen und Doris Hischier ist immer noch im Paraplegikerzentrum Nottwil, immer betreut von ihrem Ehemann Beat, welcher in seinem eindrücklichen, offenen Brief an die RA-LeserInnen (siehe Ka-26. April ein Gutachten der Haftpflichtversicherung vor, *«welches dem Pflegepersonal im Spital Visp ein gutes Zeugnis ausstellt. In Bezug auf die Arbeit der verantwortlichen Ärzte sieht es leider etwas anders aus! Hier spricht das Gutachten eine deutliche Sprache.»* Damit werden die RA-Recherchen bestätigt: Das Pflegepersonal hatte während einer Woche immer wieder alarmierende Signale an die zuständigen Spitalärzte gerichtet. Aber sie wurden ignoriert. Aufgrund des laufenden Verfahrens kann der brisante Inhalt des Gutachtens noch nicht im Detail veröffentlicht werden. Besonders zu erwähnen ist die Schnelligkeit, mit der die Zürich Versicherung das Gutachten erstellen liess und dass sie bereits einen Geldbetrag überwiesen hat, wie die Familie Hischier berichtet.

Experten-Gutachten spricht eine deutliche Sprache

Wie das Ehepaar Hischier in seinem offenen Brief weiter berichtet, liegt seit dem

Staatsrat Burgener und Spitalverantwortliche haben sich entschuldigt

Obwohl das Expertengutachten Ende April vorlag und obwohl darin ein klares Verschulden der behandelnden Ärzte des Spitalzentrums Oberwallis festgehalten wird, traf beim Ehepaar Hischier während des ganzen Monats Mai keine Reaktion seitens der Spitalverantwortlichen ein. Am 31. Mai wandte sich Beat Hischier per Mail an Staatsrat Thomas Burgener, der sich umgehend per Mail an Hischier zurückmeldete und festhielt, dass im Gutachten *«klare Fehler festgestellt werden.»* Burgener entschuldigte sich beim Ehepaar Hischier *«für das in meinem Verantwortungsbereich Vorgefallene»* und bedauerte sehr, *«dass die begangenen Fehler zu derart dramatischen Konsequenzen geführt haben.»* Inzwischen haben auch die Spitalverantwortlichen die vorgefallenen medizinischen Komplikationen sehr bedauert und sich dafür bei der Familie Hischier entschuldigt.

Die RA hat die Spitalverantwortlichen mit dem eindeutigen Fazit des Gutachtens konfrontiert und gefragt, welche Massnahmen organisatorischer, personeller und juristischer Art inzwischen getroffen wurden. GNW-Generaldirektor Dietmar Michlig, SZO-Direktor Hugo Burgener und der SZO-Direktor ärztliche Dienste, Dr. Marcel Schmid antworteten wie folgt: *«Alle vorgesehenen Massnahmen und Untersuchungen sind selbstverständlich eingeleitet worden.»* Zu den konkreten Massnahmen und Untersuchungen wollten sich die Spitalverantwortlichen nicht äussern.

Doris und Beat Hischier vor dem Paraplegikerzentrum Nottwil: Ist die Arbeitsqualität der Spitäler den übrigen Oberwalliser Medien egal?

Offener Brief an die LeserInnen der Roten Anneliese

«Meine Frau Doris und ich haben schwere Zeiten durchgemacht. Und es ist noch nicht ausgestanden. Ein paar wenige haben konstruktiv an Lösungen mitgearbeitet. Ein paar wenige haben Ihre Pflicht wahrgenommen, aber viele andere schlafen lieber den Schlaf der Unwissenden. Als erster und auch einziger Journalist im Oberwallis ist Kurt Marti von der RA an mich getreten, um den Fall an die Öffentlichkeit zu tragen. Ich frage mich, ist die Arbeitsqualität der Spitäler den übrigen Oberwalliser Medien egal? Warum berichtet man nicht darüber? Wenn es um die Qualität von Bauprojekten geht, hat man Papier und Tinte, warum nicht, wenn es um das Leben und Schicksal von Menschen geht?

In der Zwischenzeit ist ein deutliches Experten-Gutachten zuhanden der Haftpflichtversicherung eingetroffen. Ein Gutachten, welches dem Pflegepersonal im Spital Visp ein gutes Zeugnis ausstellt. In Bezug auf die Arbeit der verantwortlichen Ärzte sieht es leider etwas anders aus! Hier spricht das Gutachten eine deutliche Sprache. Meine Frau und ich danken all jenen, welche dazu beigetragen haben, damit dieser Expertenbericht so rasch zustande kam. Aufgrund des Expertenberichtes hat uns die Haftpflichtversicherung des Spitalzentrums Oberwallis einen Geldbetrag überwiesen, damit wird die aufgelaufenen Schulden zurückzahlen und die Kosten für die nächsten Monate decken können.

Meine Frau ist teils blind, an den Rollstuhl gefesselt, kann nie mehr ihren Beruf ausüben, einen Haushalt führen, nicht mehr autofahren und ihrem Hobby dem Motorradfahren nachgehen! Meine Firma ist gestorben und ich bin in der Zwischenzeit arbeitslos. Unsere bisherige Wohnung ist nicht rollstuhlgängig und für uns nicht mehr bewohnbar. Es stellt sich die Frage: Wer übernimmt die Verantwortung? Wie sieht die Verantwortung aus? Fragen über Fragen, welche sich uns stellen und die wir in der nächsten Zeit zu klären haben. Meine Frau und ich danken all jenen, die seit dem 23. April 2006 Zeit und Ohren für uns hatten.»

Beat Hischier

RA-Redaktor Kurt Marti wegen Ehrverletzung zur Zahlung von 9200 Franken verurteilt – Unhaltbare Urteilsbegründung des Bezirksgerichtes Brig:

Zensur-Urteil kommt vors Kantonsgericht

RA – Die RA hatte im November 2004 die Entlassung zweier Klosterfrauen in Unterems und die Restrukturierung von insieme Oberwallis kritisiert. Der Hauptverantwortliche Benno Tscherrig hat darauf gegen RA-Redaktor Kurt Marti eine Strafklage wegen Ehrverletzung eingereicht. Jetzt hat das Bezirksgericht Brig den RA-Redaktor wegen Ehrverletzung verurteilt und zur Zahlung von 9200 Franken verpflichtet. Die RA wird das Urteil ans Kantonsgericht und wenn nötig ans Bundesgericht weiterziehen. Das Urteil ist aus folgenden Gründen unhaltbar:

Bezirksrichter als Nachwuchs-Redaktor

Der zuständige Bezirksrichter Philipp Bumann und sein Schreiber Martin Andereggen (nachfolgend: das Bezirksgericht) werfen der RA hauptsächlich vor, sie habe den Eindruck erweckt, dass Benno Tscherrig allein gehandelt habe. Tatsächlich habe Tscherrig nicht allein gehandelt, sondern immer zusammen mit dem Stiftungsrat des Altersheimes Unterems beziehungsweise dem insieme-Vorstand. Deshalb habe RA-Redaktor Kurt Marti die Ehre von Tscherrig verletzt. In der Urteilsbegründung schreibt das Bezirksgericht genau vor, wie die Titel hätten lauten müssen (*siehe Kasten Seite 5*), damit sie nicht ehrverletzend sind. Dabei wurde der Name von Benno Tscherrig jeweils mit dem Altersheim-Stiftungsrat beziehungsweise dem insieme-Vorstand ergänzt. Daraus lassen sich die drei folgenden Schlüsse ziehen:

Erstens bestätigt das Bezirksgericht mit seinen Titelvorschlägen, dass die RA den Wahrheitsbeweis erbracht hat, dass also die Klosterfrauen tatsächlich *«gefeuert»* und *«geschockt»* wurden und dass tatsächlich *«provoziert»*, *«zurückgekrebst»*, *«verdreht»* und *«eingeschüchtert»* wurde. Und genau das hat Tscherrig mit der Strafklage bestritten.

Zweitens ist eine Aussage, welche für den Altersheim-Stiftungsrat beziehungsweise für den insieme-Vorstand nicht ehrverletzend ist, logischerweise auch nicht ehrverletzend für jedes einzelne Mitglied, insbesondere für den Hauptverantwortlichen Benno Tscherrig, der zusätzlich operative Funktionen inne hatte und hat.

Und **drittens** ist einer der vorgeschlagenen Titel des Bezirksgerichtes sogar ehrverletzend! Denn mit der Titelvorgabe *«Methoden 2 des insieme-Vorstandes mit Präsident Benno Tscherrig: Verdrehen und einschüchtern!»* werden alle sieben insieme-Vorstandsmitglieder bezichtigt, dass sie *«verdreht»* und *«eingeschüchtert»* haben. Dies gilt aber nur für Tscherrig, nicht aber für die anderen sechs Vorstandsmitglieder. Hätte sich die RA an die Titelvorschriften des Bezirksrichters gehalten, wäre sie zu Recht wegen Ehrverletzung verurteilt worden.

Bezirksgericht Brig im Stockalperschloss: «Nachwuchs-Redaktoren» feilen an den Titeln der Roten Anneliese und verlangen eine Gerichtsgebühr von 1550 Franken.

Das Urteil:

- Kurt Marti ist schuldig wegen übler Nachrede
- Geldstrafe von 1000 Franken auf Bewährung von 2 Jahren
- Genugtuung von 1000 Franken an Benno Tscherrig
- Zahlung der Gerichtskosten von 1550 Franken
- Zahlung der Anwaltskosten Tscherrigs von 5650 Franken

Hauptverantwortung ausgeblendet

Laut Bezirksgericht vermittelt die RA *«die nachhaltige Wirkung, dass Benno Tscherrig für die Vorgänge im Altersheim Emserberg und beim Verein zur Förderung geistig Behinderter (insieme) sozusagen die alleinige Verantwortung trägt.»* Zwar habe Tscherrig *«sicherlich eine Mitverantwortung»* zu tragen. Dass aber Tscherrig allein gehandelt habe, dafür könne die RA den Nachweis nicht erbringen. Folglich sei Tscherrigs Ehre verletzt.

Erstens trägt Tscherrig nicht bloss eine Mitverantwortung, sondern die Hauptverantwortung, denn er ist insieme-Präsident und nahm damals auch operative Funktionen wahr. Zudem trat er in den Oberwalliser Medien immer wieder prominent als Chef-Sanierer von insieme Oberwallis auf. Beim Altersheim Unterems ist Tscherrig Stiftungsrat und gleichzeitig operativer Leiter. Das Bezirksgericht blendet diese führenden Funktionen aus und mindert die Hauptverantwortung in unzulässiger Weise auf die blosse Mitverantwortung herab.

Zweitens hat die RA den insieme-Vorstand mehrmals prominent erwähnt, insbesondere im Titel, im Lead, zu Beginn des Artikels und mit sämtlichen Namen in einem speziellen Kasten. Dies erwähnt der Richter zwar, folgert aber dann im Widerspruch dazu, dass man dem Artikel nur *«bei genauem Studium»* entnehmen könne, dass Tscherrig nicht allein gehandelt habe. Hier kann nur der Optiker helfen!

Dritttens blendet das Bezirksgericht wichtige Aspekte völlig aus. Zum Beispiel die eindeutigen Aussagen der Klosteroberin von Unterems, welche mehrmals bestätigt hat, dass der RA-Artikel der Wahrheit entspricht. Ausgeblendet wird auch, dass Benno Tscherrig die zehn Entlassungen bei insieme und die sofortige Freistellung der zwei Klosterfrauen eigenhändig unterschrieben hat und folglich im juristischen Sinne dafür verantwortlich ist. Ebenfalls geht das Bezirksgericht über die klare Feststellung des Polizeiberichtes hinweg, dass Benno Tscherrig *«dem Insiemeverein in seiner Funktion als Präsident vorsteht und die getroffenen Massnahmen zu verantworten hat.»*

Kein Berufs- und Geschäftsmann

Das Bundesgericht geht von einem sehr engen Ehrbegriff aus und sieht keine Ehrverletzung in Aussagen, die jemanden als Geschäfts- und Berufsmann herabsetzen. Laut Bezirksgericht kann dies *«nicht gehört werden»*, weil Tscherrig *«nicht als Advokat oder Notar (mit)gehandelt»* habe, also nicht als Geschäfts- und Berufsmann! Die Funktion eines Stiftungsrates und eines operativen Leiters könne *«von jeder Person jeglicher Berufsgattung ausgeübt werden.»* Im Klartext: Tscherrig wird vom Bezirksgericht zum Nicht-Berufsmann umfunktioniert. In der Logik des Bezirksgerichtes wäre jeder operative Leiter – oder moderner ausgerückt jeder CEO oder Manager – ein Berufsloser und folglich der öffentlichen Kritik entzogen. Daniel Vasella und Co. könnten sich freuen. Zudem ist es völlig realitätsfremd zu behaupten, dass *«jede Person jeglicher Berufsgattung»* einen Betrieb von 150 und mehr MitarbeiterInnen führen könnte. Dafür sind heute Ausbildungen in ökonomischer und juristischer Richtung unbedingt erforderlich.

Tendenziöse Kritik ist nicht strafbar

In seiner Strafklage wirft Benno Tscherrig der RA *«tendenziöse Berichterstattung»* vor. Es sei der RA *«nicht darum gegangen, rein objektiv etwas zu kritisieren, sondern vielmehr subjektiv die Person von Benno Tscherrig schlecht zu machen.»* Dieser Argumentations-Linie ist der Richter treu gefolgt und begründet die Ehrverletzung mit der Personifizierung auf Tscherrig und der Aufmachung und Darstellung, kurz mit der *«tendenziösen Richtung»*. Gemäss konstanter Praxis des Schweizerischen Presserates gibt es jedoch für JounalistInnen *«keine Pflicht zu objektiver Berichterstattung. Berufsethisch sind auch einseitige, parteiergreifende und fragmentarische Standpunkte zulässig.»* Tendenziöse Berichterstattung, welche Ross und Reiter beim Namen nennt, ist noch lange kein strafbares Delikt!

Die Titelvorschläge unserer «Nachwuchs-Redaktoren» Philipp Bumann und Martin Andereggen:

1. «Methoden 1 des insieme-Vorstandes mit Präsident Benno Tscherrig: Provozieren und zurückkrebsen!»
2. «Methoden 2 des insieme-Vorstandes mit Präsident Benno Tscherrig: Verdrehen und einschüchtern!»
3. «Experte warnt vor insieme-Vorstand mit Präsident Benno Tscherrig»
4. «Unterems: Der Stiftungsrat mit Benno Tscherrig als operativem Leiter feuert Klosterfrauen»
5. «Der Stiftungsrat mit Benno Tscherrig als operativem Leiter schockt Schwestern»

Mangelhafte Kenntnis der Akten

Wie bereits gezeigt, geht aus den Titel-Vorgaben des Bezirksgerichtes indirekt hervor, dass der Wahrheitsbeweis erbracht ist. Auch explizit hält das Bezirksgericht fest, dass die RA mit den Begriffen *«feuern»*, *«provozieren»*, *«zurückkrebsen»* und *«einschüchtern»* keine Ehrverletzung begangen hat, weil der Wahrheitsbeweis erbracht ist. Einzig beim Begriff *«verdrehen»* behauptet der Bezirksrichter faktenwidrig, der Beweis dafür könne den Akten nicht entnommen werden. Tatsache ist: Gegenüber Radio Rottu Oberwallis (rro) sagte Benno Tscherrig am 21. September 2004 folgendes: *«Es ist in dieser Restrukturierung nichts anderes gemacht worden, als die Wünsche der Mitarbeiter umzusetzen.»* Kurz vorher hatten 75 Prozent der insieme-MitarbeiterInnen mittels Petition gegen die harte Restrukturierung protestiert und ein *«wirkliches Mitspracherecht»* und *«demokratische Umgangsformen»* gefordert. Folglich wurden die Wünsche der MitarbeiterInnen nicht umgesetzt. Wenn also Tscherrig behauptete, in dieser Restrukturierung seien die Wünsche der MitarbeiterInnen umgesetzt worden, dann ist das eine klare Verdrehung der Tatsachen. Dieser Sachverhalt steht in den Akten und wurde vom Bezirksrichter übersehen.

Zustände heiterer Befindlichkeit…

Um die RA zu verurteilen, erbringt das Bezirksgericht eine preisträchtige Leistung in Bezug auf die ehrverletzende Wirkung der Begriffe *«feuern»* und *«wüten»*. Laut Bezirksgericht ist der Satz *«Klosterfrauen gefeuert»* allein noch nicht ehrverletzend. Der Satz *«Tscherrig wütet weiter»* und das Bild der betenden Klosterfrauen (*siehe Abbildung*) lässt aber den Satz *«Klosterfrauen gefeuert»* laut Bezirksgericht *«ehrverletzend wirken»*, weil der Leser zur Ansicht gelangt, Tscherrig habe die Klosterfrauen gefeuert, nachdem er *«schon etwas Verpöntes gemacht hat»*. Erstaunlicherweise hält der Richter selbst fest, die RA habe auf der folgenden Seite gesagt, was mit *«wütet»* gemeint ist, womit der Wahrheitsbeweis erbracht ist. Doch laut Bezirksgericht vermag dies *«die gewonnene Empfindung nicht mehr gänzlich zu ändern»*. Wieso die gewonnene Empfindung trotz Wahrheitsbeweis nachträglich zu ändern ist, bleibt schleierhaft. Auf jeden Fall gibt es unseres Wissens bis heute keine Verpflichtung für JournalistInnen, die negative Empfindung der zu Recht Kritisierten anschliessend in einen Zustand heiterer Befindlichkeit umzuwandeln…

Insieme-Vorstand zerstört funktionierende Struktur in der Behindertenbetreuung

Experte warnt vor Benno Tscherrigs Rosskur!

Tscherrig wütet weiter

Seite 10

Klosterfrauen gefeuert!

Seite 3

Benno Tscherrigs Methoden 1:
Provozieren und zurückkrebsen!

Benno Tscherrigs Methoden 2:
Verdrehen und einschüchtern!

Machtkampf im Altersheim Amsberg in Unterems:
- Benno Tscherrig schockt die Schwestern
- Sofortige Freistellung zum 25-Jahr-Jubiläum

Über Benno Tscherrigs Glaubwürdigkeit

RA-Redaktor Kurt Marti warf anlässlich der Gerichtsverhandlung Benno Tscherrig zwei faktenwidrige Behauptungen vor:

Keine Rede von einer *«fristlosen» Entlassung»:* Benno Tscherrig und sein Anwalt Bruno Imhof behaupteten im Schreiben an das Gemeinderichteramt Brig-Glis die RA hätte geschrieben, Tscherrig habe die Klosterfrauen *«fristlos entlassen»*. Weil die Klosterfrauen nicht fristlos entlassen wurden, sondern bloss freigestellt, habe die RA mit dieser angeblich wahrheitswidrigen Behauptung die Ehre Tscherrigs verletzt. Den Wahrheitsbeweis für ihre zugrunde liegende Behauptung konnten sie nicht erbringen, denn in der RA ist nirgends von einer *«fristlosen»* Entlassung die Rede, sondern korrekt von einer Freistellung. Folglich haben Tscherrig und Imhof die RA wahrheitswidrig eines strafbaren Deliktes bezichtigt, was ehrverletzend und strafbar ist. Darauf versuchte sich Tscherrig vor dem Bezirksrichter herauszumogeln, indem er die Verantwortung kurzerhand auf seinen Anwalt abschob. Denn die wahrheitswidrige Behauptung stamme nicht von ihm, sondern von seinem Anwalt, der die Rechtsschrift verfasst habe!

Keine Rede von *«nicht recherchiert»:* Anlässlich der polizeilichen Befragung erklärte Tscherrig faktenwidrig, RA-Redaktor Kurt Marti habe *«bezüglich der Expertise beim Arbeitgeber nicht recherchiert.»* Die Prozessakten liefern den Gegenbeweis, denn die RA hat Tscherrig per Mail vom 9. November 2004 mehrere Fragen zum Expertenbericht über insieme Oberwallis gestellt. Aktenkundig ist, dass Tscherrig per Mail vom 10. November 2004 die Beantwortung der konkreten RA-Fragen verweigerte, indem er erklärte, er sei der RA *«in keiner Art und Weise rechenschaftspflichtig.»*

Vier-Sterne-Hotel Albergo Cantine Ascheri in Bra: Hier liess sich die NiN-Reisegruppe verwöhnen.

«Nachbar in Not»:

Pfingstreise in die Toskana

OBERWALLIS – An Pfingsten 2006 unternahm eine sechsköpfige Delegation der Hilfsorganisation *«Nachbar in Not»* eine luxuriöse Reise in die Toscana. Der Roten Anneliese wurde eine interne Abrechnung zugespielt, auf welcher ein diesbezüglicher Betrag von 3498 Franken zu Lasten von *«Nachbar in Not»* aufgeführt wird. NiN-Präsident Ignaz Mengis hält dazu fest: *«Die sogenannte Pfingstreise des Stiftungsrates NiN ist nicht aus Spendengeldern bezahlt worden.»*

VON CYRILL PINTO

Die Stiftung *«Nachbar in Not»* (NiN) wurde von Radio Rottu Oberwallis (rro) und dem Walliser Boten (WB) gegründet und sammelte im letzten Jahr rund 260000 Franken für bedürftige Menschen im Oberwallis. NiN-Präsident ist Ignaz Mengis, Vizepräsident ist rro-Chef Matthias Bärenfaller, Kassierin Claudia Dirren und Aktuar Philipp Mengis. Artikel 5 der Statuten der Stiftung *«Nachbar in Not»* (NiN) lautet: *«Die Mittel der Stiftung sind voll und ganz für die Hilfe an Menschen im Oberwallis, die in Not geraten sind, zu verwenden. Sie dürfen dem Zweck nicht entfremdet werden.»*

Ignaz Mengis: «Nicht aus Spendengeldern bezahlt»

Der RA wurde ein Abrechnungsblatt mit dem Titel *«Pfingstreise N.i.N.»* (siehe Kopie) zugespielt. Laut diesem Abrechnungsblatt haben an der Pfingstreise Matthias Bärenfaller, Philipp und Ignaz (Nino) Mengis, sowie drei weitere, nicht genannte Personen teilgenommen. Zuerst ging's in die Trüffelstadt Alba. Dort dinierte die NiN-Delegation aus dem Oberwalliser für 450 Franken am Mittag und für 480 Franken am Abend, um sich im stilvollen 4-Sterne-Hotel Albergo Cantine Ascheri zur Ruhe zu begeben, was mit 577 Franken zu Buche schlug. Am nächsten Tag fuhr die NiN-Reisegruppe weiter in die Toscana. In der Stadt Lucca übernachtete die Reisegruppe für weitere 680 Franken und dinierte daselbst für den Rekordbetrag von 810 Franken. Ihre Reise rundeten die WohltäterInnen mit einem Abstecher nach Massa Maritima und einer Übernachtung in einem weiteren Spitzenklasse-Hotel ab. Kostenpunkt der gesamten Pfingstreise: 5298 Franken. Auf dem Abrechnungsblatt steht weiter: *«Anteil NiN 3498 Franken; Anteil Matthias 900 Franken, Anteil Philipp 450 Franken, Anteil Nino 450 Franken.»* Laut Abrechnungsblatt kostete die Reise pro Person 883 Franken und folglich hat Matthias Bärenfaller laut Abrechnungsblatt seine Kosten selbst bezahlt, Ignaz und Philipp Mengis hingegen je rund die Hälfte. Dazu hält NiN-Präsident Ignaz Mengis fest: *«Die sogenannte Pfingstreise 2006 des Stiftungsrates NiN ist nicht aus Spendengeldern bezahlt worden. Die teilnehmenden drei Herren haben ihre sämtlichen Reise- und Aufenthaltskosten aus eigenen Mitteln beglichen.»*

Reise-Geschenk an Mitarbeiterinnen

Wie kommt aber der Anteil NiN von 3498 Franken zustande? Mit dieser Zahl konfrontiert, erklärte NiN-Präsident Mengis: *«Als ausserordentliche Auslage für das Jahr 2006 sind zusätzliche Fr. 2000.00 verbucht. Diese betreffen den als Geschenk zum 5-Jahresjubiläum an zwei ständige Mitarbeiterinnen übernommenen Reisekostenanteil. Diese Mitarbeiterinnen, wie im übrigen auch alle Stiftungsräte, arbeiten seit Errichtung der Stiftung im Jahre 2000 voll ehrenamtlich und ohne jeden Spesenersatz.»* In den Statuten hingegen steht, dass die Spenden *«voll und ganz»* für Menschen in Not zu verwenden sind. Zudem bleibt von den erwähnten 3498 Franken nach Abzug der 2000 Franken immer noch eine ungeklärte Differenz von 1498 Franken.

Pfingstreise N.i.N.

Übernachtungen (bezahlt mit Mastercard)

Albergo Cantine Ascheri, Via Piumati 25, 12042 Bra	Fr. 577.60	
Hotel Universo, Piazza del Giglio1, 55100 Lucca	Fr. 680.95	
Hotel Avion, Via Cateratte 160, 54030 Cinquale di Montignoso	Fr. 480.00	
		Fr. 1'738.55

Essen, Benzin und Parkplatzgebühren (bezahlt Bar mit Einlage € 2'000.— von bm)

Kaffee, Apero und Mittagessen in Alba	Fr. 450.00	
Apero und Abendessen in Bra	Fr. 480.00	
Bootsfahrt	Fr. 144.00	
Getränke und Lunch inVarnazza	Fr. 160.00	
Apéro, Abendessen und in Lucca	Fr. 810.00	
Mittagessen in Massa Maritima	Fr. 455.00	
Abendessen in Massa	Fr. 471.00	
2x Benzin	Fr. 230.00	
		Fr. 3'200.00
Mittagessen in der Trattoria Campagna, Arona (bezahlt mit EC)		Fr. 360.00
Total (bei 6 Personen 883.—pro Person)		Fr. 5'298.55
Anteil Matthias	Fr. 900.00	
Anteil Philipp	Fr. 450.00	
Anteil Nino	Fr. 450.00	
		Fr. 1'800.00
Anteil N.i.N.		Fr. 3'498.55

Pfingstreise NiN: Dieses Abrechnungsblatt wurde der RA zugespielt.

«Oberwallis hilft Oberwallis»: Kein Rappen für eigene Zwecke

Die gemeinnützige Organisation der Oberwalliser Tages-Medien rühmt sich für ihren geringen Verwaltungsaufwand: *«Nur 1.6 Prozent der Einnahmen werden pro Jahr für eigene Zwecke aufgewendet»*, heisst es auf der Homepage von NiN. Im Gegensatz dazu tastet die andere grosse Oberwalliser Hilfsorganisation *«Oberwallis hilft Oberwallis»* (OhO) keinen Rappen des Spendengeldes für eigene Zwecke an. Laut deren Präsidentin Helena Mooser Theler arbeiten alle bei OhO unentgeltlich. Selbst die Verwaltungskosten wie Briefpapier oder Briefmarken werden von der Gemeinde Visp bezahlt. Der Verwaltungsaufwand bei OhO liegt bei Null Prozent.

Das Stalldach hinten des Bio-Hofes in Ried-Mörel: Auf 135 m² wird in Zukunft Solar-Strom für fünf Haushalte produziert.

Neues Stromversorgungsgesetz macht's möglich

Solarstrom auch im Sonnenkanton Wallis

RIED-MÖREL – Die Solarstromproduktion im Sonnenkanton Wallis ist zur Zeit minim, weil der Kanton solche Anlagen nicht unterstützt. Doch das wird sich nächstes Jahr ändern. Denn das neue Stromversorgungsgesetz verpflichtet die Elektrizitätswerke zur Übernahme des Solarstromes von privaten Produzenten zu den Gestehungskosten. In Ried-Mörel ist bereits eine Solarstromanlage auf einem Stalldach in Planung. Die Verhandlungen mit dem EWBN laufen.

VON KURT MARTI

Auf dem Bio-Hof von Ruth und Reinhold Berchtold in Ried-Mörel wird nächstes Jahr neben Bio-Produkten auch Solarstrom produziert. Das gegen Süden ausgerichtete Stalldach ist für die Platzierung einer Solarstromanlage optimal. Die geplante Anlage soll auf 135 Quadratmetern Dachfläche rund 15000 kWh Strom produzieren, was dem jährlichen Stromverbrauch von 5 Haushalten entspricht. Die Kosten für die Anlage betragen rund 170000 Franken und werden durch Eigen- und Fremdkapital gedeckt. Die Anlage ist in 20 Jahren amortisiert und wird dann fast gratis Strom produzieren. *«Wir tun etwas für die Umwelt und gleichzeitig ist das unsere Pensionskasse»*, erklärt Reinhold Berchtold.

Neuer Förderfonds macht Finanzierung möglich

Eine solche Anlage wird erst möglich, weil die gesetzlichen Rahmenbedingungen eine kostendeckende Produktion ermöglichen. Nach der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) durch das Volk im Jahr 2002 haben im vergangenen März die eidgenössischen Räte ein angepasstes Stromversorgungsgesetz verabschiedet, welches einen Stromzuschlag von 0,6 Rappen pro Kilowattstunde Strom vorsieht. Jährlich kommen damit 320 Millionen Franken in einen Fonds zur Förderung der erneuerbaren Energien zusammen. Davon sind vorerst rund 15 Millionen für den Solarstrom vorgesehen. Die Elektrizitätswerke sind verpflichtet, Solarstrom von Privaten zu den Produktionskosten abzunehmen. Die Preisdifferenz von rund 40 bis 50 Rappen wird aus dem Förderfonds beglichen, so dass für die regionalen Stromwerke keine Mehrkosten entstehen. Ruth und Reinhold Berchtold haben bereits die Verhandlungen für einen Abnahmevertrag mit dem Elektrizitätswerk Brig-Naters (EWBN) aufgenommen.

Solaranlagen auf Stalldächern liegen im Trend

Die Solaranlage in Ried-Mörel wird die erste im Oberwallis sein und hat somit Pioniercharakter. In anderen Kantonen ist die Solarstrom-Produktion bereits weiter fortgeschritten:

- In **Feldis/Veulden** im bündnerischen Domleschg produziert die Solaranlage auf dem Stalldach von Landwirt Risch Tscharner seit zwei Jahren 42000 kWh Solarstrom, der vom Elektrizitätswerk der Stadt Zürich zu einem Mischpreis von 61 Rappen/kWh abgenommen wird.
- In **Wädenswil** im Kanton Zürich produziert die Solaranlage auf dem Stalldach von Landwirt Ernst Brändli seit zwei Jahren rund 28000 kWh jährlich. Das Elektrizitätswerk des Kantons Zürich (EKZ) vergütet für die Kilowattstunde rund 97 Rappen.
- In **Sissach** im Kanton Basel-Land liefert die Solaranlage der Hofgemeinschaft «Unter der Fluh» seit dem letzten April Solarstrom ins Netz der Elektra Sissach, welche einen Kilowattstunden-Preis von 90 Rappen garantiert. Im Jahr soll die Anlage rund 10000 kWh Solarstrom liefern.

Alle drei Anlagen sind von der «Solarspar» mit Sitz in Liestal geplant, finanziert und betrieben. Kontaktadresse: Solarspar, Grammetstrasse 14, 4410 Liestal, Tel. 061/205 19 19, www.solarspar.ch.

Aletsch Riederalp Bahnen AG: Turbulenzen ohne Ende – Technischer Leiter musste gehen

VR-Präsident Albert Bass wünscht einen schönen Tag!

MÖREL/RIEDERALP – Vor drei Jahren war der Finanzberater Albert Bass angetreten, Ordnung in die Bahnen auf der Riederalp zu bringen. Die Bahnfusion der Riederalp-Bahnen AG mit den Verkehrsbetrieben Riederalp AG führte zur Gründung der Aletsch Riederalp Bahnen AG (ARBAG). Doch seither jagt eine Krise die andere. Kein Wunder, verweigert VR-Präsident Bass die Antwort auf kritische Fragen.

VON KURT MARTI

Wer sich näher über die Personalpolitik der Aletsch Riederalp Bahnen informieren will, der trifft auf eine Mauer des Schweigens. Eugenio Rüegger, seit Januar als Vorsitzender der Geschäftsleitung im Amt, ist abwesend. Seine Telefonnummer darf die Sekretärin nicht herausgeben. Im Telefonbuch existiert Rügger nicht. Auch bei Graziella Walker, Präsidentin der Gemeinde Riederalp und ARBAG-Verwaltungsrätin, beisst die RA auf Granit. Die gelbe Nationalratskandidatin ist kurz angebunden: *«Ich will mich dazu nicht äussern. Dafür ist der VR-Präsident Albert Bass zuständig.»* Und auch dieser bockt: *«Ich bin nur den Aktionären und Gläubigern Rechenschaft schuldig. Sicher nicht dem Herr Marti von der Roten Anneliese.»* Mit dem Wunsch für einen *«schönen Tag»* hängt er den Hörer auf und klemmt damit die nächste Frage ab. Eines hat Bass dabei übersehen: Die ARBAG kassiert jährlich 2,9 Millionen öffentliche Gelder von Bund und Kanton und ist sehr wohl der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig.

Anlässlich der Generalversammlung der ARBAG vom 23. März zeigte sich Albert Bass nicht zufrieden mit dem vergangenen Geschäftsjahr: Der Cashflow war zu niedrig, der Personalbestand zu hoch und die Schulden stiegen weiter an. Deshalb liess Bass die Katze aus dem Sack und präsentierte den Seilbahnprofi Eugenio Rüegger, welcher etwas hochtrabend *«ad interim als Sonderbeauftragter und Vorsitzender der Geschäftsleitung»* ernannt wurde. Rüegger hatte sein Amt Anfang Januar angetreten und laut Walliser Boten sollte er sein 60-Prozent-Pensum bis Ende 2008 ausüben. Wie mehrere Insider berichten, kam es aber schon vor der GV zum Krach zwischen dem hochgelobten Seilbahnprofi und dem Verwaltungsrat, worauf Rüegger den Bettel hinschmeissen wollte. Keine zehn Tage nach dem abgeklemmten Telefonat mit der RA zog Bass im WB den neusten Direktor Valentin König – den vierten in drei Jahren! – aus dem Hut und gab gleichzeitig Rüeggers Abgang per Ende September bekannt. Bekanntlich wurde vor drei Jahren Bruno Melnik gefeuert, nachdem er bloss 150 Tage als Direktor im Amt war.

Bitte kein Gejammer auf der Basis von Selbstmitleid!

Anfang Jahr hatte Bass Rüegger noch in hohen Tönen als Bergbahnunternehmer angekündigt, der *«jahrelang mit Erfolg die Titlisbahnen geführt hat»*. Schlecht in dieses

Ried-Mörel – Riederalp-West
Um 18.20 Uhr ist Schluss!

Bis jetzt verkehrte die letzte Gondelbahn von Ried-Mörel nach Riederalp-West um 21.50 Uhr und von Riederalp-West nach Ried-Mörel um 21.45 Uhr. Der Fahrplan-Entwurf 2008 wird zum Sparplan: Die letzte Gondel von Ried-Mörel nach Riederalp-West verkehrt bereits um 18.20 Uhr und von Riederalp-West nach Ried-Mörel um 18.15 Uhr.

Bild passte hingegen das VR-Präsidium Rüeggers bei den Bergbahnen Lungern-Schönbüel AG, gegen die ausgerechnet zu seinem Arbeitsbeginn im vergangenen Januar der Konkurs wieder eröffnet wurde, nachdem die Gesellschaft bereits im Jahr 2001 durch Konkurs aufgelöst wurde. Bei den Aletsch Riederalp Bahnen erklärte Rüegger gleich im Januar in einer *«Botschaft»* den Tarif. In militärischem Ton schreibt er den *«geschätzten MitunternehmerInnen (MU)»*, wie er die Angestellten eigenwillig nennt: *«Für sachlich, anständig vorgetragene Kritik bin ich immer zu haben, sofern kein Gejammer auf der Basis von Selbstmitleid und Selbstgerechtigkeit los geht. Aber: Kritik akzeptiere ich nur unter einer Bedingung, dass der/die Kritisierende mir anschliessend seine Lösungsvorschläge unterbreitet – **denken Sie bitte daran.**»* Doch bereits im nächsten Abschnitt des internen Schreibens outet er sich als gutmütige Seele: *«Mit zunehmendem Alter ist mein Herz trotz der äusseren Härte noch weicher geworden.»* Gar nicht zufrieden war Rüegger über die Rücklauf-Quote eines Fragebogens an das Personal. Nur die Hälfte hatte sich vom neuen Chef *«den Puls im zwischenmenschlichen Bereich fühlen»* lassen, wie sich Rüegger ausdrückte. Und er versicherte der schweigenden Hälfte in einem internen Schreiben, *«dass ich derartige Auftrags-Verweigerungen in Zukunft nicht dulden werde.»*

Der Sonderbeauftragte klagt den MU sein Leid

Rüegger hatte sich zum Ziel gesetzt, *«Fahrplan-Festungen aufzubrechen»*, *«Abbauschritte im luxuriösen Kassawesen»* einzuleiten und *«sich anständig von MU mit negativer Einstellung, Blockierern und uneinsichtigen Traditionalisten zu trennen»*. Auch Bass stellte den Personalabbau anlässlich der GV in den Vordergrund. Die Rede ist von 4–6 Angestellten, die so über die Klinge springen sollen. Heute liegt der Personalbestand bei 43–46 Prozent. In einem internen Papier gibt Rüegger die Ziel-Marke von 33 Prozent vor. Erstaunlicherweise liegt der Personalbestand bei den Bergbahnen Engelberg-Titlis, welche Rüegger jahrzehntelang geprägt hat, im Durchschnitt der letzten fünf Jahre deutlich höher bei 38 Prozent und der Branchendurchschnitt liegt laut Seilbahnverband bei 37 Prozent. Dabei ist zu bedenken, dass viele Seilbahnen keinen service-public-Auftrag haben wie die Aletsch Riederalp Bahnen und dafür mit rund 3 Millionen subventioniert werden. Auf jeden Fall kam Rüegger bei der Bevölkerung mit seinen Massnahmen gar nicht gut an, so dass er bereits Mitte Februar seinen geschätzten MU sein Leid klagte: *«Die Einmischungen und Beeinflussungen von Aussen in unsere Unternehmensabläufe übersteigen bei weitem alles, was ich in meiner über 40-jährigen Führungstätigkeit erlebt habe.»* Einen *«Sturm der Entrüstung»* erntete die Schliessung der Kassa Moosfluh, so dass diese in reduziertem Umfang weiter geöffnet blieb.

Sonderbeauftragter Eugenio Rüegger: Kein Rolls-Royce, ein VW tut's auch.

VR-Präsident Albert Bass: Vier Direktoren in drei Jahren.

Bahn-Sicherheit: Kein Rolls-Royce, ein VW tut's auch

Inzwischen wurde der technische Leiter Max Müller in die Wüste geschickt. Eine Entscheidung, die weitherum Kopfschütteln auslöste, denn Müller gilt als ausgewiesener Fachmann, welcher den Betrieb ausgezeichnet kennt und für die Sicherheit garantierte. Bass hatte Rüegger als Mann fürs Grobe geholt. Dieser sollte die Ausgaben reduzieren und dabei bei der Sicherheit rund 15 Prozent einsparen, wie Insider berichten. Rüegger erklärte gleich bei Arbeitsantritt: *«Kein technischer Perfektionismus, absolute Sicherheit gibt es nicht – also keine Rolls-Royce-, keine Mercedes-Lösungen, VW und Toyotas genügen auch. Übertriebenes Sicherheitsdenken… führt zu unnötigen Kostensteigerungen.»* Müllers Entlassung ist auch auf dem Hintergrund unterschiedlicher Auffassungen bezüglich der Sicherheit zu erklären.

Soziale und medizinische Dienste in den Walliser Gefängnissen: Die Gesetzesgrundlagen werden nicht eingehalten – Justizminister Jean-René Fournier hat zehn Jahre geschlafen

Thomas Brunner: «Die Situation ist katastrophal»

SITTEN – Einmal mehr hat die Justizkommission des Grossen Rates unter dem Präsidium von Thomas Brunner die unhaltbaren Zustände in den Walliser Gefängnissen kritisiert, das heisst die fehlenden sozialen und medizinischen Dienste. Obwohl die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften seit 1992 bestehen und obwohl ein Expertenbericht aus dem Jahre 1998 eindringlich auf die Missstände hinweist, setzte sich Justizminister Jean-René Fournier während seiner zehnjährigen Amtszeit darüber hinweg.

VON KURT MARTI

1987: Der Unterzeichnende war damals selbst Gefängnis-Insasse und prangerte die unhaltbaren und menschenrechtswidrigen Zustände im Walliser Strafvollzug an. Der damalige Justizminister Richard Gertschen qualmte mit seiner Pfeife und leitete zögernde Reformen ein. 1992 erschien der Expertenbericht *«Scherz»*, welcher eindringlich einen Sozialdienst für die Gefangenen forderte. Diese Forderung fand 1993 Eingang in Artikel 78 des Reglementes über die Strafanstalten des Kantons Wallis, welches ausdrücklich einen Sozialdienst für die Walliser Gefängnisse vorschreibt.

1998: Der Experten-Bericht *«Mangin»* stellt fest, dass in den Walliser Gefängnissen immer noch kein sozialer und medizinischer Dienst existiert. Patrice Mangin, der Autor des Berichts und Professor für Rechtsmedizin an der Universität Lausanne, fordert die Einrichtung eines Sozialdienstes und eines medizinischen Dienstes, welcher dem Gesundheitsdepartement angegliedert werden soll. Dabei verweist er auf die klaren gesetzlichen Vorgaben.

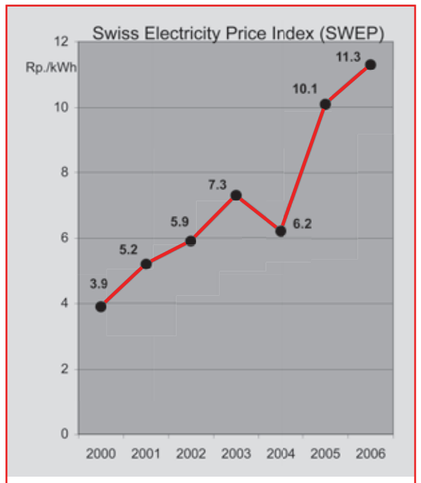
2000: Staatsrat Jean-René Fournier beantwortet die Fragen der RA und hielt fest: Zusätzliche finanzielle Mittel für mehr soziales und medizinisches Personal sind vorgesehen. Gleichzeitig verweist er auf die Gefängnisärzte, welche offenbar ein gutes Verhältnis mit der Direktion der Strafanstalten haben.

2004: Die Justizkommission des Grossen Rates fordert einen Sozialdienst.

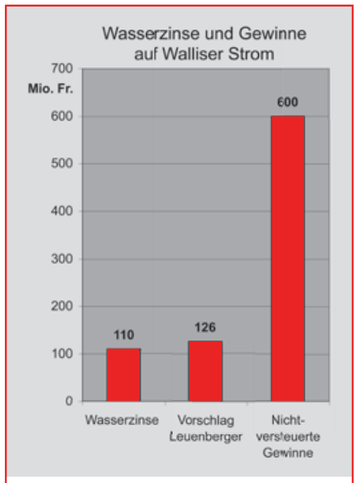
2006: Die Justizkommission hält fest: Die bemängelten Probleme beim Personalbedarf konnten nicht gelöst werden, insbesondere die sozio-therapeutische Betreuung.

2007: Die Grossräte Thomas Brunner, Pascal Moulin und André Vernay, die Präsidenten der zuständigen grossrätlichen Kommissionen für Justiz, Gesundheit und öffentliche Sicherheit verlangen in einem Postulat erneut einen Sozialdienst gemäss Reglement und einen medizinischen Dienst. Das Postulat wird vom Grossen Rat überwiesen und hält bezüglich des Sozialdienstes klar fest: *«Die Gesetzesgrundlagen werden nicht eingehalten.»* Und weiter: *«Die Situation in den Gefängnissen ist katastrophal. Für die Betreuung von rund 300 Gefangenen verfügen die Walliser Strafanstalten gerade mal über einen Sozialarbeiter.»* Die drei Grossräte bemängeln ebenfalls den offensichtlichen Personalmangel beim medizinischen Dienst. Sie halten fest, dass offenbar die Wärter ohne medizinische Ausbildung die Medikamenten- und Methadonabgabe vornehmen und dass *«das Fehlerrisiko entsprechend hoch ist.»*

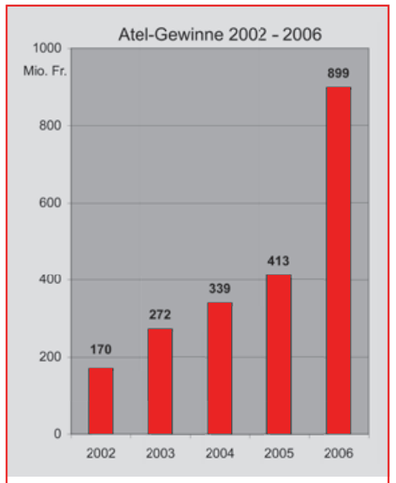
Justizminister Jean-René Fournier: Statt als Ständerat nach Bern, zuerst die Hausaufgaben im eigenen Kanton machen.



Der SWEP zeigt die durchschnittlichen Strompreise am Schweizer Spot-Markt. Zwischen 2004 und 2006 hat sich der Strompreis von 6,2 Rappen auf 11.3 Rappen fast verdoppelt.



Die exportierten Gewinne auf dem Walliser Wasserstrom betragen schätzungsweise 600 Millionen Franken. Mit dem Vorschlag Leuenberger würden sich Wasserzinse nur minim von 110 auf 126 Millionen Franken erhöhen.



Die Atel-Gewinne haben sich im letzten Jahr mehr als verdoppelt, nachdem sie schon vorher massiv angestiegen sind.

Strombarone scheffeln über eine halbe Milliarde Gewinne aus dem Walliser Strom – Die Wasserzinse hingegen bleiben seit 10 Jahren eingefroren

Alpen-Kantone bereiten Herbst-Offensive vor

GEBIRGSKANTONE – Anfang letzten Jahres lancierte die RA die Debatte um die Erhöhung der Wasserzinse. SP-Nationalrat Jean-Noël Rey reichte darauf in Bern ein breit abgestütztes Postulat ein. Seither sind die Strompreise und Gewinne weiter in die Höhe geschnellt. Laut Auskunft von Staatsrat Thomas Burgener bereiten die Gebirgskantone jetzt eine Offensive zur Erhöhung der Wasserzinse vor. Doch die Strombarone wehren sich mit Händen und Füssen.

VON KURT MARTI

Die Strompreise und die Gewinne der grossen, ausserkantonalen Elektrizitätswerke steigen weiter an. Im Jahr 2000 lag der Jahresmittelwert für eine Kilowattstunde Strom noch bei 3,9 Rappen und stieg bis ins Jahr 2006 auf 11,3 Rappen an (*siehe Grafik*). Auch die Gewinne der Stromwirtschaft explodieren. Zum Beispiel konnte die Aare-Tessin-AG für Elektrizität (Atel) ihren Gewinn im letzten Jahr von 413 Millionen Franken auf 900 Millionen Franken mehr als verdoppeln (*siehe Grafik*). Die Walliser Wasserzinse hingegen bleiben seit 10 Jahren auf jährlich 110 Millionen Franken eingefroren. Dass die Gewinne explodieren, ist kein Wunder, denn die Stromgesellschaften bezahlen im Wallis viel zu niedrige Produktionskosten.

Brisantes Gutachten von Pricewaterhouse-Coopers

Den Beweis dafür liefert ein brisantes Gutachten der Beratungsfirma Pricewaterhous-Coopers zuhanden der Energie Electrique du Simplon SA (EES), welche hauptsächlich der Energie Ouest Suisse (EOS) gehört. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass der ausgewiesene Umsatz für das Jahr 2005 marktwidrig auf 9,155 Millionen Franken gehalten wurde. In der Jahresrechnung fehlen nämlich laut Gutachten die Gewinne von 10,5 Millionen Franken, welche in die anderen Kantone abtransportiert wurden. Die Produktionskosten pro Kilowattstunde Strom betragen rund 3,7 Rappen. Sobald der Strom die Walliser Grenze überquert, ist er plötzlich 8 Rappen und mehr wert. Dabei rechnete die Beratungsfirma mit dem damaligen Marktwert, der letztes Jahr weitere drei Rappen angestiegen ist, sodass heute der exportierte EES-Gewinn rund 15 Millionen betragen dürfte.

RKGK-Präsident und Walliser Staatsrat Thomas Burgener: «Intensiv an der Vorbereitung einer Offensive für eine Erhöhung der Wasserzinse.»

Glarner Regierungsrat Pankraz Freitag: Als Axpo-Vizepräsident ein wasserdichter Vertreter der Stromlobby

Exportierter Gewinn von 600 Millionen Franken

Die EES produziert rund 2,5 Prozent des Walliser Wasserkraftstroms. Hochgerechnet auf die gesamte Walliser Stromproduktion ergibt das einen exportierten Gewinn von 600 Millionen Franken, der zudem nicht im Wallis versteuert wird. Es ist klar, dass sich die grossen Stromunternehmen über dieses Millionengeschenk freuen und sich weigern, höhere Wasserzinsen zu zahlen, wie der EOS-Generalsekretär Benoit Revaz gegenüber dem Tagesanzeiger erklärte: *«Man darf die Wasserkraft nicht benachteiligen. Wir investieren jedes Jahr Millionen in die Kraftwerke.»* Damit setzen die grossen Stromwerke des Unterlandes den Gebirgskantonen das Messer an den Hals: Entweder sie halten sich bei den Wasserzinsen zurück, oder die Milliarden-Investitionen in die Pumpspeicherkraftwerke Emosson, Lindt-Limmern oder an der Grimsel drohen ins Wasser zu fallen. Das ist nicht die feine Art!

Axpo-Vizepräsident Pankraz Freitag mit zwei Hüten

Trotz solcher Drohungen gibt sich Staatsrat Thomas Burgener, welcher die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) präsidiert kämpferisch: *«Die RKGK ist intensiv an der Vorbereitung einer Offensive für eine Erhöhung der Wasserzinse. Dazu brauchen wir gut abgestützte Entscheide aller Regierungen der RKGK-Kantone, und diese sind noch nicht alle vollends aufeinander abgestimmt.»* Offenbar wird die gemeinsame Strategie nicht erleichtert durch die Tatsache, dass es RKGK-Mitglieder mit unterschiedlichen Hüten gibt. Zum Beispiel der Glarner Regierungsrat Pankraz Freitag, der gleichzeitig Vizepräsident der Axpo ist, dem grössten Stromunternehmen der Schweiz. Die Axpo plant im Kanton Glarus den Bau des Pumpspeicherwerkes Lindt-Limmern, in das sie eine Milliarde investieren will.

Der Schildbürgerstreich des Jahres
Rolf Escher will Wasserzinse liberalisieren

Ständerat Rolf Escher will mit einer Interpellation die Wasserzinse den *«Regeln des freien Marktes»* anpassen, das heisst liberalisieren. Vor drei Jahren gelang es den Gebirgskantonen nur knapp eine entsprechende ETH-Studie zu bodigen.

Ständerat Rolf Escher hat im vergangenen März eine Interpellation eingereicht, worin er vom Bundesrat wissen will, ob die Wasserzinse nicht entsprechend den *«Regeln des freien Marktes»* zwischen den Konzessionsparteien festgelegt werden sollen. Im Klartext: Die Gebirgskantone müssten dauernd den Wasserzinsen hinterherlaufen. Grosse Freude über diese Interpellation dürfte die Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) haben, deren Leiter der hydraulischen Produktion zufälligerweise VR-Präsident der Electra Massa AG ist, wo selbstverständlich auch Escher im Verwaltungsrat sitzt. Es ist uns nicht bekannt, ob Escher die Interpellation zum 50 Jahr-Jubiläum der Electra Massa eingereicht hat. Der Bundesrat lehnte Eschers Interpellation ab, weil eine Flexibilisierung der Wasserzinse nicht praktikabel sei. Bereits vor drei Jahren haben die zuständigen Bundesämter im Gleichklang mit den Gebirgskantonen eine entsprechende ETH-Studie versenkt. Auch Staatsrat Thomas Burgener hält nichts von einer Flexibilisierung, *«weil nicht praktikabel und Sprungbrett für Wasserzins-Reduktionen.»*

CVP-Ständerat Rolf Escher: Den Gebirgskantonen in den Rücken gefallen.

Gegenvorschlag zur Fischerei-Initiative
Bundesrat Leuenberger völlig neben den Schuhen

Der neuste Vorschlag aus dem Departement von Moritz Leuenberger zeigt deutlich, was passieren kann, wenn die Gebirgskantone den Tarif bezüglich Wasserzinse nicht rechtzeitig und deutlich durchgeben.

Bundesrat Moritz Leuenberger hat einen völlig untauglichen Gegenvorschlag zur Fischerei-Initiative ins Spiel gebracht: Er schlägt vor, dass die Wasserzinse um 25 Prozent erhöht werden, das heisst für das Wallis um rund 27 Millionen. Davon will Leuenberger zwei Fünftel, also inbezug auf das Wallis rund 11 Millionen für Renaturierungen und mehr Restwasser in Flüssen und Bächen ausgeben. Netto würden somit die Wasserzinse von heute 110 Millionen um mickrige 16 Millionen auf 126 Millionen erhöht, was kaum die Teuerung ausgleichen würde *(siehe Grafik S. 10)*.

Anständige Wasserzinse statt Almosen

Angesichts der Mega-Gewinne darf sich der Kanton Wallis nicht mit solchen Almosen abspeisen lassen. Wenn die Stromkonzerne 600 Millionen einkassieren *(siehe Grafik S. 10)*, sobald der Strom den Kanton Wallis verlässt, dann gehört ein namhafter Teil dieses Gewinnes dem Kanton Wallis. Angemessen ist eine Erhöhung der Wasserzinse um mindestens einen Viertel dieser Gewinne, also um 150 Millionen. Das ist das Zehnfache des Angebotes aus dem Departement Leuenberger, dessen Mitarbeiter offenbar schlecht addieren und multiplizieren können. Zudem ist der Gewässerschutz die Aufgabe der Stromkonzerne und nicht der Gebirgskantone.

Gebirgskantone finanzieren Studie der Stromlobby
Wasserzinse in den letzten Jahren stark gestiegen!

Der Hauptgrund für die Schwäche der Gebirgskantone ist die unglaubliche Verflechtung mit den Lobby-Verbänden. Zum Beispiel sitzen im Schweizerischen Wasserwirtschaftsverband neben den Vertretern der Strombranche (Atel, Axpo, EOS, EnAlpin, BKW, EWZ) auch die Beamten der Gebirgskantone, namentlich Werner Böhi, Chef des Amtes für Energie des Kantons Graubünden und Albert Fournier, Chef der Dienststelle für Strassen- und Flussbau des Kantons Wallis. Fraglich ist auch, was Walter Steinmann, der Chef des Eidgenössischen Bundesamtes für Energie (BFE), in diesem Interessenverband zu suchen hat. Schliesslich ist das BFE zur Zeit daran, die Frage der Wasserzinse in einer Arbeitsgruppe zu diskutieren und auf Ende Jahr einen Bericht zuhanden des Bundesrates abzugeben.

Versponnenes Netzwerk der Lobbyisten

Der Wasserwirtschaftsverband hat freilich überhaupt kein Interesse an höheren Wasserzinsen, was in einer neusten Wasserkraft-Studie zum Ausdruck kommt. Darin steht nämlich der erstaunliche Satz: *«Bei den Abgaben waren insbesondere die Wasserzinse in den letzten Jahren einer starken Erhöhung unterworfen.»* Diese Behauptung ist falsch und gegen die Interessen der Gebirgskantone gerichtet, weil bekanntlich die Wasserzinse seit 1997 – also seit 10 Jahren – auf demselben Niveau eingefroren sind. Doch damit nicht genug! Mitfinanziert wurde die gebirgskantonfeindliche Lobby-Studie durch das *«Kompetenznetzwerk Wasser im Berggebiet»*, dessen Präsident Pankraz Freitag ist, seines Zeichens Glarner FDP-Regierungsrat und Axpo-Vize-Präsident. Gegründet wurde das famose Kompetenznetzwerk von niemand anders als der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK). Und um das Lobby-Chaos zu vervollständigen: Als Sponsor tritt die swisselectric auf, eine Lobby-Organisation der Stromverbundunternehmen ATEL, BKW, CKW, EGL, EOS und NOK.

Frauen auf dem Weg zur Moschee in Istambul: Die Situation ist polarisiert.

Frauenperspektiven in der Türkei an der Schwelle zu Europa

«Die EU wirkt wie ein Katalysator für die Frauenbewegung»

ISTANBUL – Die Türkei bewirbt sich offiziell um eine Aufnahme in die EU. Ein Angebot des European Women's College aus Zürich führte im letzten März 17 Frauen aus der Schweiz nach Istanbul. Wir sind folgenden Fragen nachgegangen: Wie beurteilen türkische Frauen den Prozess des EU-Beitrittes? Was erhoffen sie sich, was befürchten sie?

VON MADELEINE KUONEN-EGGO

Die gesellschaftlichen Veränderungen in der Türkei führen auch zu einer Veränderung der Stellung der Frau. Es gibt grosse Unterschiede bezüglich Schichtzugehörigkeit, Bildungsstand und Stadt-Land. In ländlichen Gebieten herrschen weitgehend traditionelle, patriarchale Strukturen. Veränderungen auf dem Lande treten durch Modernisierung und durch Abwanderung in die Städte auf. Die Migration trägt zur Veränderung der Geschlechterbeziehung und der Stellung der Frau im Dorf bei. In den Städten finden sich sowohl westlich orientierte Gruppierungen wie auch traditionell-konservative. Die Zuwanderung in die grossen Städte prägt das Bild der türkischen Frauen in einer grossen Vielfalt. Durch Atatürk 1923 wurde in dieser islamischen Gesellschaft eine eindeutige Trennung von Kirche und Staat eingeführt. Das Schweizerische Zivilgesetz wurde übernommen.

Zwischen islamischer Bewegung und Laizismus

Die türkischen Frauen haben viele Rechte und diese sind in der Verfassung verankert. Es gilt die Gleichstellung zwischen Frau und Mann. Aber eine von vier Frauen ist Analphabetin. Im türkischen Parlament finden sich nur 4,6 % Frauen und in den regionalen Verwaltungen 1 %. Ein grosser Teil der Grossstadtbewohnerinnen ist berufstätig in den traditionellen weiblichen Berufen wie Krankenschwester, Lehrerin, Textilarbeiterin und als Haushalthilfen. Die reale Umsetzung der Gleichstellung hängt von vielen Faktoren ab. Frauen sind benachteiligt im Bereich des Familiengesetzes. Und in ländlichen Regionen weitab der Regierung ist es schwierig, breite Frauenschichten zu erreichen.
Yesim Arat, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Istanbul, hat die Zeitschrift *«Frau und Familie»* von islamistischen Frauen analysiert und kommt zum Ergebnis: Die Zahl der Frauen, die sich in islamischen Bewegungen engagieren, hat zugenommen. Sie übernehmen freiwillig die Kleiderordnung und die Lebensweise, doch die Stellung der Frau im Islam wird kritisch durchleuchtet und sie wird auf Falschdeutungen des Korans zurückgeführt. Sie interpretieren dies als einen alternativen Weg der Lebensgestaltung. Den Frauen werden die Grenzen der islamischen Ideologie aufgezeigt und wie sie sich im Engagement für islamische Werte auch für befreiende Ziele einsetzen können. Dies bedingt aber, dass weiterhin eine laizistische Staatsform besteht. Es steht den Frauen frei, ein religiöses Leben zu führen oder nicht; aber es ist ein Unterschied, ob sie das aus eigener Überzeugung tun oder ob es staatlich verordnet wird. Seit 1996 ist eine islamistische Partei stärkste Fraktion in der Regierung. Die Gefahr besteht, dass in dem Land mit einer langen laizistischen Tradition religiöse Vorstellungen über islamische Lebensführung staatlich durchgesetzt werden. Die Rolle der Armee als Puffer zwischen Regierung und Islamisten wird selbst von Feministinnen als positiv attestiert.

Zwischen Nationalismus und Öffnung zum Westen

Die Begegnungen mit türkischen Vertreterinnen von NGO`s (Nichtregierungs-Organisationen) und Expertinnen aus Politik, Journalismus, Kunst und Kultur führten uns vor Augen, dass sie sich sehr zurückhaltend zur EU-Frage äusserten. Die momentane Situation ist labil. Nach dem Mord an einem armenischen Schriftsteller wird die Situation polarisierter, sie schwankt zwischen mehr Nationalismus und vermehrter Öffnung gegen Westen. Das Gespräch mit den Verantwortlichen der Organisation Lesben und Schwule «Lamba» illustriert, wie der türkische Staat und die türkische Gesellschaft mit Homosexualität umgehen. Es gibt keinen Paragraph zum Schutz gegen Diskriminierung. Lesbische Frauen sind in der Gesellschaft nicht sichtbar. Die Website der Organisation bleibt in der Türkei gesperrt. Diese Frauen erhoffen sich durch einen Beitritt zur EU mehr Demokratie und das Einhalten der Menschenrechte. Unterstützung erwarten sie durch Kontakte mit EU-Parlamentarierinnen und im gegenseitigen Austausch. *«Die EU wirkt wie ein Katalysator für die Frauenbewegung»* wurde uns von Feride Acar, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Ankara, gesagt.

Wer sind wir Europäer-Innen eigentlich?

Die Kursreise brachte uns Frauen eine Auseinandersetzung mit der eigenen Kultur und dem Orient. Die Frage vor dem Fremden und vor kultureller Differenz trat auf. Das Fremde im Eigenen, das Eigene im Fremden zu sehen, in dem die kulturelle Vielfalt als gleichwertiges Gegenüber gedacht und anerkannt wird. Darin spielt auch das Geschlechterverhältnis eine grosse Rolle. Bei jedem weiteren EU-Beitritt eines Landes wird verhandelt, wer dazu gehört und wer nicht und somit wird auch unserer Identität nachgegangen, wer wir Europäerinnen und Europäer eigentlich sind.

Kirchtürme und Minarette:

Die Feinde der offenen Gesellschaft kehren zurück

VON KURT MARTI

Auf dem Dachboden der Geschichte liegt eine verstaubte Kiste, aus der es immer lauter rumort. Die Signale aus Rom und Mekka gegen eine verweltlichte Gesellschaft lassen aufhorchen. Da kommt die Minarett-Verbots-Initiative der SVP gerade recht. Zugegeben, den Minarett-Gegnern im Umfeld der SVP geht es nicht um Religion und Religionskritik, sondern um Ausländerpolitik. Trotzdem ist es doch erstaunlich, dass nun die SVP mit ihrer Initiative auf den Spuren der Religionskritiker Giordano Bruno, Ludwig Feuerbach und Voltaire wandelt. Freilich ohne es zu wissen, sozusagen als Opfer der List der hegelschen Weltvernunft.

Die SVP erklärt selbstbewusst, dass Minarette für einen politischen Machtanspruch stehen. Zudem sind laut den Initianten die islamischen Werte im krassen Widerspruch zu unseren *«christlich-abendländischen Werten»*. Also stehen auf der guten Seite das Christentum, die Demokratie und der Rechtsstaat und auf der bösen Seite der Islam und der Fundamentalismus. Ein bisschen zu einfach. Hätten die SVP-Haudegen etwas mehr Zeit in der Bibliothek als am Pure-Zmorge verbracht, wäre ihnen aufgefallen, dass die Trennlinie an einem ganz anderen Ort verläuft, nämlich zwischen Islam und Christentum auf der einen Seite und den Werten einer offenen, freiheitlichen Gesellschaft auf der anderen Seite. Für letztere gilt es das Wort zu erheben, gegen Kirchtürme aller Art.

Minarett oder Kirchturm: Was ist da der Unterschied?

Giordano Bruno-Denkmal auf dem Campo dei Fiori in Rom: Wegen Ketzerei gegen die katholische Kirche im Jahre 1600 auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

Wer heute politischen Applaus will, der stellt die negativen Seiten des Islam in den Mittelpunkt, mit seiner Unterdrückung der Frauen, der fehlenden Trennung von Religion und Politik, mit dem Rechtssystem der Scharia, das den Dieben die Hände abhackt und die ehebrüchigen Frauen steinigt. Dabei geht meistens vergessen, dass mit den Werten einer offenen Gesellschaft auch die sogenannten *«christlich-abendländischen»* Werte unvereinbar sind, beispielsweise die Diskriminierung der Frauen, die Diffamierung der Homosexualität, die fundamentalistische Ablehnung der Abtreibung, die Unterdrückung der freien Meinungsäusserung, die Leugnung des Völkermordes an den Ureinwohnern Südamerikas durch den Papst als jüngstes, krasses Beispiel.

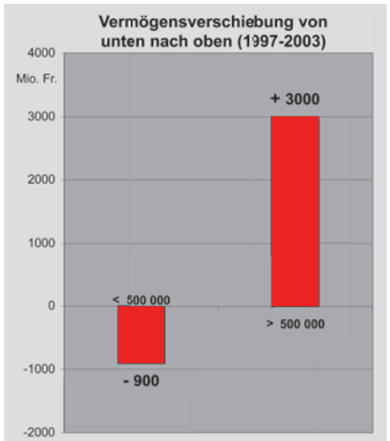
Die Feinde der offenen Gesellschaft mit ihren Fundamenten der Demokratie und des Rechtsstaates kommen nicht nur aus der Ecke des Islam, sondern direkt aus der römischen Kurie. In einem Interview mit dem Tagesanzeiger beklagte Kardinal Walter Kasper, dass Europa *«in die Hände der Sakularisten gefallen»* sei und trauerte den Katholiken Adenauer, Schumann und de Gaspari nach. Wie lange wird es wohl dauern, bis in solchen Aufzählungen wieder der erzkatholische Faschist Generalissimus Franco auftaucht?

Die religiösen Angriffe auf die offene Gesellschaft sind im Vormarsch. Die Mörder des Philosophen Giordano Bruno kehren zurück. Bruno wurde 1600 in Rom auf dem Scheiterhaufen verbrannt, weil er sich gegen die Dogmen der katholischen Kirche zur Wehr setzte. Heute herrscht unter Philosophen in religiösen Fragen ein grosses Schweigen. Feuerbach würde auch heute von universitären Lehrstühlen ferngehalten. Stattdessen hocken die christlichen Dogmatiker frech in allen Ethikkommissionen. Selbst der einstmals atheistische Philosoph Jürgen Habermas huldigt dem Papst. Es ist die alte Liebe der Philosophie zur Theologie, getarnt als Metaphysik.

In den letzten Jahren spielen nicht die Philosophen die religionskritische Musik, sondern die Vertreter der Naturwissenschaften. Allen voran der britische Evolutionsbiologe Richard Dawkins, der mit seinem Buch *«Der Gotteswahn»* in den USA und in Grossbritannien wochenlang auf der Bestsellerliste steht. Die Philosophen rümpfen etwas beleidigt die Nase über den Nicht-Philosophen Dawkins und ziehen sich auf den Dachboden zurück. Dort blabbert und blubbert mittlerweile auch der televisionäre Chefdenker Peter Sloterdijk schon unverständliche Blasen, Globen und Schäume gegen den Himmel. Arme Philosophen, arme Philosophie!

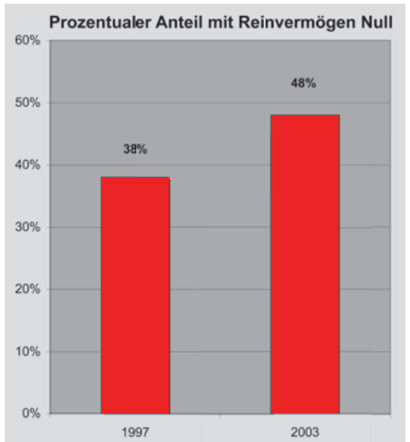
Neuste Vermögensstatistik für den Kanton Wallis:

Die soziale Schere öffnet sich weiter



Dramatische Vermögensumschichtung von unten nach oben:

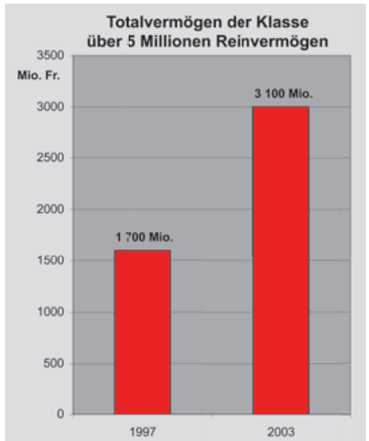
Das summierte Reinvermögen aller WalliserInnen (174000 Personen), welche weniger als 500000 Franken Reinvermögen versteuern, hat sich von 1997–2003 um 900 Millionen verringert. Das Reinvermögen aller WalliserInnen (7300 Personen), welche mehr als 500000 Franken Reinvermögen versteuern, hat sich im gleichen Zeitraum um 3000 Millionen vermehrt.



Dramatischer Anstieg der Personen mit Reinvermögen Null:

Im Jahr 1997 gab es im Wallis noch 70791 Personen (38%) mit einem Reinvermögen Null. Innert sechs Jahren bis 2003 ist diese Zahl der Reinvermögenslosen um 10% auf 87061 Personen (48%) angestiegen.

Quelle: Eidgenössisches Finanzdepartement



Die BewohnerInnen im obersten Stockwerk konnten kräftig zulegen:

Jene kleine Minderheit im Wallis, welche mehr als fünf Millionen Reinvermögen versteuert, konnte innert sechs Jahren (1997–2003) das aufsummierte Totalvermögen von 1,7 Milliarden auf 3,1 Milliarden erhöhen. Im Jahr 1997 versteuerten bloss 108 Personen mehr als 5 Millionen Reinvermögen, im Jahr 2003 waren es 173.

Willkommen im Club der Schweiger:
Reden ist Silber, Schweigen ist Gold!

Diese fünf Personen verweigern der RA – zum Teil seit Jahren – die Antwort

(v.l.n.r): Rolf Escher, CVP-Ständerat, Jean-Michel Cina, CVP-Staatsrat, Viola Amherd, CVP-Nationalrätin, Jean-Roland Roten, CVP-Grossrat, Albert Bass, alt-CSP-Ständeratskandidat

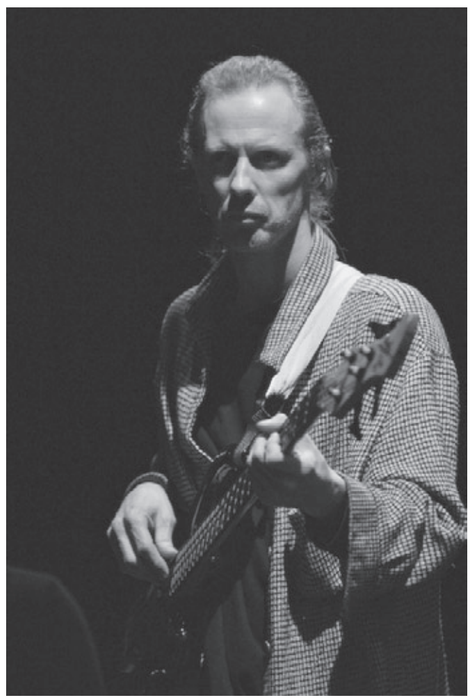
Portrait von Speedy

«Es gibt viel zu viele Instrumentalisten und zu wenig Musiker»

«Speedy» steht für: können, virtuos, schnell, einfühlsam, zeitlos, äusserst talentiert; für Rhythmus, musikalisches Verständnis; für Bass, Komponist, Arrangeur, Solist, Groove… Fazit: Speedy steht für – Berufung Bassist. Sein bürgerlicher Name? – Unwichtig. Bekannt ist er unter Speedy, ein Wort, das längst zu einem Qualitätszeichen in Sachen Musik geworden ist. Vielleicht noch etwas: er ist in Brig aufgewachsen und wird im September 43jährig. Musik steckt in ihm drin.

VON JEAN-PIERRE D'ALPAOS

Seit er fünfzehn ist, macht er Musik, begann in lokalen Rockgruppen, arbeitete später für George Gruntz, Swiss Blues Authority, Paul McBovin, Tre e Mezzo, Christy Doran, Heinz Affolter, Enver Izmailov, Fab Four, Z'Hansrüedi, Contrast Family, Bernard Allison, Popa Chubby, Bloo… seine Aktivitäten sind ellenlang. Aber sein neuestes Projekt: er zupft den Bass für Ron Carter (Blues Brothers), was er als ganz besondere Ehre einstuft. Vor 28 Jahren wurde ich in ein Übungslokal eingeladen, wo eine Band ihre ersten Ton-, Takt- und Musikversuche zu koordinieren versuchte. Ich sollte mein Urteil abgeben. Die Band steckte effektiv in den Kinderschuhen, die Musiker zwischen 15 und 16 Jahre alt. Meine Meinung fiel nicht so günstig aus, aber ich ermunterte sie zu üben, zu üben, zu üben…, gab ein paar Tipps und ich würde gerne in einem Jahr nochmals vorbeischauen. Am Bass stand ein mageres, schüchternes, blondes schulterlanges Haar tragendes Jüngelchen. Es fiel mir auf, dass er den Bass richtig gestimmt hatte und richtig in den Händen hielt. Das liess hoffen.



Speedy am Bass: Als ob er mit der menschlichen Stimme spiele oder umgekehrt.

24 Stunden Künstler und Bohemien

Ich selber spiele auch Bass, selber kein Virtuose, aber den Rhythmus und das Gefühl wusste ich zu halten und leiste gute Basisarbeit. Item, knapp ein halbes Jahr darauf: Speedy am Bass hatte mich ums zehnfache überholt und seither jeden Bassisten bis heute im Oberwallis. Seine Virtuosität, seine präzise und saubere Schnelligkeit zeugte von einem Bassisten, der lange Erfahrung auf diesem Instrument hatte. Speedy und sein Bass waren eins geworden. Er war der geborene Bassist, obwohl er nur deshalb begann Bass zu spielen, weil es keinen Bassisten in der Band gab. Man hatte den Eindruck, als ob der E-Bass für ihn erfunden worden wäre.

Speedy ist Künstler durch und durch und zudem ein Bohemien. Ich habe noch nie jemanden angetroffen, auf den diese Bezeichnung besser passen würde. Er ist einer. Der Bohemien hat in unserer Gesellschaft einen negativen Ruf, den Ruf eines Faulenzers. Dem ist nicht so. Die Gesellschaft ist bloss neidisch auf ihn, da er keiner sogenannten *«geregelten»* Arbeit nachgeht. In Wahrheit ist er immer am *«arbeiten»*, denn Künstler sein, heisst 24 Stunden Künstler sein. Er ist andauernd aktiv, kreiert immer etwas, ist nie untätig. Einige Beispiele: Francois Villon, Shakespeare, Frank Zappa. Der Bohemien ist ein Lebenskünstler, der seine Existenzmittel aus der Kunst allein heraus erarbeitet, dabei aber keine kapitalistischen Ambitionen hegt, nie auf seinen Lorbeeren ausruht, immer sich selbst bleibt und weiter *«Kunst»* findet und nie sucht. *«Der Bohemien»*, nach Henry Murger, Schriftsteller des Buches *«Boheme»*, und selbstredend ein Bohemien, sagt, *«ist der wahrhaft Berufene der Kunst»*.

In den Fab Four von George Gruntz

Speedy ist auf über 100 CDs zu hören, hat mit den verschiedensten Musikprojekten Europa bereist, hat einige Dia-Shows untermalt, war mit Pierre Imhasly (Schriftsteller und Dichter) und seiner «Rhonesaga», Pierre sprechend – Speedy spielend unterwegs, gab Solo Konzerte, gibt Bass- und Gitarrenunterricht, steht mit der Sängerin und Komponistin Connie Stadler und ihrer gemeinsamen Band Bloo auf der Bühne und tüftelt an eigenen CDs. Seine erste Solo CD «E» (leider vergriffen) erschien vor etwas weniger als 20 Jahren, seine zweite steht kurz vor der Veröffentlichung und wird im Herbst an einer Multi-Media-Show präsentiert. Titel: «Das ganze Meer».

Sein Bassspiel ist einzigartig und dermassen kunstvoll, so dass auch der Basler Jazzmusiker George Gruntz (er feiert heuer seinen 75. Geburtstag und gehört zu den Pfeilern des Europajazz), als er Speedy zu seinen Fab Four holte, vor allem seinen sicheren, dynamischen Groove liebte, sein Schnelldenkertum, sein Improvisationsvermögen, Mut und live seine Wachsamkeit, Flexibilität und Ideenreichtum sehr schätzte. Wenn man Speedy hört, glaubt man, als ob er mit der menschlichen Stimme spiele oder umgekehrt. Deshalb stimmt auch seine Aussage, dass *«es zu viele Instrumentalisten und zu wenig Musiker gibt»*. Zum Schluss fragt man sich, von wem er beeindruckt (nicht beeinflusst) wurde. Da wären zu nennen: Stanley Clarke, *«was die Schnelligkeit»*, Jaco Pastorious *«was das Gefühl betrifft»* und über allem und allen Elvis Presley, The King.

Menschenrechte in Kolumbien

Demonstration für Mari o Calderon und Elsa Alvarado

BOGOTÀ/KOLUMIBEN – Am 18. Mai sind auf die Plaza Bolivar, den Hauptplatz von Bogotà, Tausende von Menschen gekommen, um Wahrheit und Gerechtigkeit zu fordern, sowie um für das Leben und für Frieden zu demonstrieren. CINEP (Centro de Investigación y Educación popular), das Zentrum für Forschung und Volkserziehung, hat diesen Anlass zusammen mit andern Menschenrechtsorganisationen organisiert. Am 19. Mai jährte sich der Todestag von Mario Calderon und Elsa Alvarado zum 10. Mal. Beide haben für CINEP gearbeitet und wurden im Auftrag der Paramilitärs brutal umgebracht.

VON JACQUELINE JOST, CINEP-MITARBEITERIN IN BOGOTÀ

Mario Calderon und Elsa Alvarado:
Am 19. Mai 1997 wurden sie kaltblütig ermordet.

In der Nacht vom 19. Mai 1997 sind fünf schwarz gekleidete, bewaffnete Männer in die Wohnung von Mario Calderon und Elsa Alvarado im Zentrum von Bogotà eingedrungen und haben sie wie auch den Vater von Elsa, Carlos Alvarado, der mit seiner Frau auf Besuch war, kaltblütig umgebracht. Die Mutter von Elsa wurde schwer verletzt und das damals zweijährige Kind der beiden, Ivan, hat das Massaker, versteckt in einem Schrank, wie durch ein Wunder unverletzt überlebt. Die bezahlten Mörder haben im Auftrag der Paramilitärs gehandelt. In den Medien wurde zuerst die «Erfolgsmeldung» verbreitet, dass drei Guerilleros getötet worden sind. Fünf Männer wurden später für das Massaker angeklagt, wohl um eine Aufklärung zu verhindern wurden zwei von ihnen getötet, das Verfahren gegen die andern drei wurde eingestellt. Vier Staatsanwälte, die sich mit dem Fall befasst haben, wurden umgebracht und einer lebt im Exil.

Für ein friedliches und gerechtes Kolumbien gearbeitet

Mario war 15 Jahre lang Mitarbeiter von CINEP, ehemaliger Jesuit und Anhänger der Befreiungstheologie, der sich in verschiedenen Gegenden des Landes für die Menschenrechte, für die Benachteiligten vor allem in den Armenvierteln und für die Umwelt eingesetzt hat. In den letzten Jahren hat er in den Armenvierteln in Bogotà gearbeitet. Auch seine Frau Elsa hat sechs Jahre bei CINEP in der Kommunikationsabteilung gearbeitet. Sie waren Personen, die durch ihr Wesen, Denken und Handeln viele Menschen begeistern und auch mobilisieren konnten. Beide haben an ein demokratisches, friedliches und gerechtes Kolumbien geglaubt, waren voll Energie und hatten viele Träume. Am 19. Mai 1997 wurden sie brutal umgebracht, bis heute straflos. Mit ihnen starben Träume, Hoffnungen und Ideale, und ihr Tod war ein grosser Schlag gegen alle Organisationen und Menschen, die für Frieden, soziale Gleichheit und den Aufbau einer gerechten Gesellschaft arbeiten. Seit dem Tod von Mario und Elsa wurden in Kolumbien etwa 130 Menschen, die für die Menschenrechte arbeiteten, umgebracht oder zum Verschwinden gebracht; unter ihnen zwei weitere Mitarbeiter von CINEP, Freddy Gallago und Sergio Restrepo.

Der Krieg und die Menschenrechtsverletzungen

In Kolumbien findet seit etwa fünf Jahrzehnten ein bewaffneter Konflikt statt. Beteiligt an diesem Krieg, der sich vor allem durch den Drogenhandel und Entführungen finanziert, sind die linksgerichteten Guerillas, FARC und ELN, die rechten Paramilitärs, AUC, sowie die offizielle Armee. Die zwei grössten Guerillagruppen FARC, Fuerzas Armadas Revolucionarios de Colombia, und die ELN, Ejercito de la Liberación Nacional, formierten sich 1964 gegen den Grossgrundbesitz und die Gewalt der offiziellen Armee. Beide haben eine marxistische Ideologie, die FARC enstand als Bauernbewegung, die ELN hingegen wurde von Intellektuellen gegründet. Im Gegenzug bewaffneten sich die Paramilitärs als Selbstverteidigungsgruppen der Grossgrundbesitzer, die sich 1997 als AUC, Autodefensas Unidas de Colombia, in einem Dachverband zusammenschlossen. Seit 1964 haben im kolumbianischen Konflikt etwa 200 000 Menschen ihr Leben verloren. 3 Millionen Menschen hat der Krieg aus ihrem Heim vertrieben. Allein in Bogotà kommen jeden Tag 140 interne Flüchtlinge an. Aber auch Richter, Staatsanwälte, PolitikerInnen, GewerkschafterInnen, JournalistenInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen und viele andere, die sich kritisch für Gerechtigkeit und Wahrheit einsetzen, werden in Kolumbien bedroht, zum Verschwinden gebracht oder ermordet, so wurden z.B. 2006 60 Gewerkschafter umgebracht.

Versöhnungsprozess: Gesetz für Frieden und Gerechtigkeit

2002 hat die Regierung von Uribe mit den Paramilitärs Friedensgespräche aufgenommen. Seitdem haben etwa 30 000 Paramilitärs ihre Waffen abgegeben. Den «Demobilisierten» wurde eine minimale Strafe versprochen sowie Geld für den Lebensunterhalt garantiert. Ein Ex-Paramilitär bekommt so von der Regierung mehr Geld als ein interner Flüchtling. Viele von den Demobilisierten haben sich wieder in bewaffneten Gruppen organisiert. Die Aussagen der demobilisierten Para-Chefs führten zu Verhaftungen von mehr als 20 Politikern; die Verstrickungen gehen in die höchsten Ränge von Polizei und Geheimdienst sowie zu den internationalen Multis wie Del Monte, Chiquita etc. In einem Departement an der Küste kontrollierten die Paramilitärs bis zu 90% die Stadtämter. Im ganzen Land wird nun nach anonymen Gräbern der Verschwundenen gesucht. Die Zahlen variieren zwischen 10 000 und 30 000 Toten. Das bisher grösste Grab wurde vor drei Wochen im Departement Meta gefunden, 67 Skelette, einige von ihnen Kinder.
Wie Alejandro Angulo, der Direktor von CINEP, in seiner Rede am 18. Mai sagte: «Ein Land aufgebaut auf Massengräbern ist ein trauriges Land. Ein Land, das die Straflosigkeit der Mächtigen aufrechterhält, ist ein Land von flüchtenden Sklaven, die die Freiheit suchen. Darum sind wir heute hier, um unsere Rechte als BürgerInnen einzufordern sowie eine Justiz, die unserer Würde entspricht. Dies ist unsere Pflicht gegenüber den Opfern – wie uns selbst.»

Konzert des Sinfonieorchesters von Kolumbien auf der Plaza de Bolivar in Bogotà:
«Mario und Elsa sind bei uns geblieben, denn sie waren Menschen des Lebens und des Friedens.»

AGENDA: Wohin frau/man geht…

WANDERN MIT DER ALPEN-INITIATIVE

Wandern mit der Alpen-Initiative Mit einer aufgestellten Gruppe während einer Woche oder an einem Wochenende bekannte und unbekannte Gegenden der Alpen erwandern? Die Alpen-Initiative macht's möglich und bietet seit 1990 jedes Jahr ein attraktives Wanderprogramm **exklusiv für ihre Mitglieder** an. Ein guter Grund mehr Mitglied der Alpen-Initiative zu werden.

Sa. 30. Juni und So. 1. Juli 2007 (2 Tage)
Kirchen des Safientals und Splügens
Idyllische Kleindörfer bezaubern mit ihren unverschandelten Dorfbildern. Die Walser haben ihre Gemeinden mit zahlreichen Kirchen und Kapellen verziert und eine richtiggehende Sakrallandschaft erschaffen. Mit Heinz Forter

Sa. 30. Juni bis Fr. 6. Juli 2007 (7 Tage)
Der Kraft der Heilkräuter auf der Spur
Unter der kundigen Anleitung einer Naturheilpraktikerin entdecken wir im Valle Maira, in der Umgebung des Centro Culturale in San Martino, die heilenden Kräfte der Kräuter. Auf den ehemaligen Äckern lernen wir eine unbeschreibliche Fülle von Heilpflanzen und Blumen kennen und verarbeiten. Mit Rita Huwiler

Sa. 30. Juni bis Sa. 7. Juli 2007 (8 Tage)
Rund ums Valle Maira – Cottische Alpen
Genussvolle Frühsommer-Wanderung durch die einsamen Täler der Cottischen Alpen im südwestlichen Piemont. Einzigartige Blumenpracht zum Bewundern und hervorragende Kochkünste zum Geniessen. Seit Jahren die beliebteste Wanderung der Alpen-Initiative. Mit Max Lehmann

Sa. 14. Juli bis Sa. 21. Juli 2007 (8 Tage)
In die Einsamkeit der Lanzo-Täler
Die Querung der Lanzo Täler in den Grajischen Alpen westlich von Turin gehört zum Anstrengendsten, jedoch landschaftlich Reizvollsten, was die «Grande Traversate delle Alpi» GTA bietet. Die GTA führt von der Schweizer Grenze durch die Alpen des Piemonts bis nach Ligurien. Mit Andreas Weissen und Ingrid Supersaxo

Sa. 21. Juli bis So. 29. Juli 2007 (9 Tage)
Grenzschlängeln im Oberwallis – Ossola
Vom Saastal schlängeln wir uns auf den Spuren von Säumern, Partisanen und Schmugglern im italienisch-schweizerischen Grenzgebiet in die Naturschutzreservate der «Alpe Veglia» und «Alpe Dèvero». Mit Matthias Frey und Andreas Berz.

Sa. 4. August und So. 5. August 2007
St. Ursanne – Soubey – Saignelegier
Die modernen, farbigen Glasmalereien der Kirchen von Bassecourt und Soubey bewundern. Durch das malerische, mittelalterliche Städtchen St. Ursanne streifen, dabei die romanische Klosterkirche mit ihrer Krypta und ihrem stillen, gotischen Kreuzgang erleben. Und stundenlang das waldreiche Tal des Doubs erwandern, ständig begleitet vom Rauschen und Glitzern des Flusses.

Mi. 8. August bis Fr. 10. August 2007 (3 Tage)
Über die Berge – ins Silberbergwerk
Munt la Schera – Ofenpass – Val S-charl
Zu Beginn der Wanderung im Unterengadin werden wir vom Munt la Schera aus eine grossartige Aussicht in viele Täler des Nationalparks geniessen können. Ein weiterer Höhepunkt wird der prachtvolle Arvenwald von Tamangur sein sowie die Besichtigung der Blei- und Silbermine von S-charl. Mit Heinz Forter

Sa. 8. Sept. bis 15. Sept. 2007 (8 Tage)
Auf Walserpfaden von Binn nach Domodossola
Im Frühherbst auf alten Routen und durch italienische Nationalparks unterwegs zu piemontesischer Gastlichkeit und Spitzengastronomie. Vom Binntal aus - ein landschaftlich ungemein reizvolles Bergtal mit viel intakter und preisgekrönter Natur - wandern wir unter anderem in den Naturpark von Alpe Devero sowie in das Naturschutzgebiet von Alpe-Veglia. Mit Max Lehmann

Informationen: www.alpeninitiative.ch

Irmgard geht

Geführte Wanderungen und Schneeschuhtouren mit Irmgard Anthenien, Wanderleiterin, www.irmgard-geht.ch.

Freitag bis Sonntag, 13.–15. Juli 2007
Dinosauriern und anderen Grössen

Donnerstag, 26. Juli 2007
Auf den Spuren von S. Corinna Bille

Sonntag, 29. Juli 2007
Auf den Gipfel des Grossen Muttenhorns

Mittwoch, 1. August 2007
Wanderung zur Quelle des Rottens

Mittwoch, 8. August 2007
Auf den Spuren von J. W. von Goethe

KINO ASTORIA, VISP: «Der besondere Film»

Alle Filme in Originalsprache mit deutschem Untertitel. ***www.kino-astoria.ch***

Mo. 2. Juli: **Sieben Mulden und eine Leiche**
T. Haemmerli macht aus den Aufräumarbeiten der Wohnung seiner tragisch verstorbenen Mutter einen Dokumentarfilm voller Galgenhumor.

Mo. 9. Juli: **Saint Jacques… La Mecque**
Mit Religion oder Selbstfindung haben die drei Geschwister nichts am Hut. Den Marsch nach Santiago de Compostela nehmen sie auf sich, weil sie nur nach abgeschlossener Pilgerreise die Erbschaft ihrer Mutter antreten können.

Mo. 16. Juli: **Miss Potter**
Beatrix Potter (Renée Zellweger) kann sich überhaupt nicht mit den Plänen ihrer Mutter anfreunden. Diese will nämlich, dass ihre Tochter endlich unter die Haube kommt. Doch Beatrix hat sich geschworen, niemals zu heiraten. Sie möchte selber Karriere machen und ihr eigenes Geld verdienen. Und sie weiss auch schon wie.

Mo. 23. Juli: **The Last King of Scotland**
…schildert den Aufstieg und Hybris des gandischen Diktators Idi Amin Dada durch die Augen der fiktiven Figur eines schottischen Leibarztes.

Mo. 30. Juli: **Bamako**
Der Innenhof des Hauses der Barsängerin Melé und ihrem Mann Chaka wird zum Gerichtshof: die afrikanische Bevölkerung strebt einen Prozess gegen den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank an.

DICKE EIER:

MGB-Fahplan: Sieg der Freunde des Bahnhofbuffets Göschenen

Gross war die Trauer, als vor Jahren das traditionsreiche Bahnhofbuffet in Göschenen den Schirm zumachte, weil die Anschlüsse der SBB und der MGB (damals FO-Bahn) immer besser wurden. Ein Sieg der Fahrplan-Planer, eine Niederlage für die Nostalgiker der Gastronomie. Jetzt hat das Pendel der Zeit wieder auf die andere Seite ausgeschlagen. Hinter den Kulissen haben sich die Freunde des Bahnhofbuffets Göschen durchgesetzt. Der neue MGB-Fahrplan-Entwurf lässt wieder Zeit für eine gemütliche Verschnaufpause im Bahnhofbuffet in Göschenen oder einen kleinen Dorfrundgang. Auf der Reise von Brig nach Göschenen haben Millionen-Investitionen die Reisezeit merklich heruntergedrückt. Kurven wurden weggehobelt und Brücken gespannt. Doch in Göschenen kommt der gehetzte Reisegast wieder auf seine Rechnung und kann den Beschleunigern aller Art die lange Nase zeigen. Denn in Göschenen kann der Gast die Zeit ruhen lassen und grosszügige 31 Minuten den steilen Felswänden widmen. Dank den Fahrplanern der MGB!

Walliser Kantonalbank: 2-Millionen-Geschenk für private Aktionäre

Wenn die Walliser Kantonalbank in Nöten ist, dann sind die SteuerzahlerInnen hoch willkommen, um die Finanzlöcher zu stopfen. Bei den Dividenden jedoch haben die privaten Aktionäre plötzlich die härteren Ellbogen. Während sich die privaten Aktionäre an einer 15-prozentigen Dividende gütlich tun, müssen sich die SteuerzahlerInnen – also der Kanton Wallis – mit bloss 8 Prozent begnügen. Der Kanton hält für 110 Millionen Franken Namensaktien und bekommt dafür eine Dividende von 8,8 Millionen, die privaten Aktionäre mit 40 Millionen Franken Inhaberaktien 6 Millionen. Würde die Gesamtdividende von 14,8 Millionen nur aufgrund der Aktienanteile verteilt, also zum selben Zinssatz für die privaten und öffentlichen Aktionäre, dann bekäme der Kanton 10,8 Millionen und die Privaten bloss 4 Millionen. Folglich erhalten die privaten Aktionäre vom Kanton Wallis ein nobles Geschenk von 2 Millionen Franken.

RZ-Chef German Escher und das Regional-TV: Doppelt genäht!

Sicher ist sicher, sagte sich RZ-Chef German Escher und äusserte sich im Dezember 2006 zuhanden des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM) gegen ein eigenes Oberwalliser Regionalfernsehen. Dieses sei kaum rentabel und es bestehe zudem die Gefahr des Dumpings von Werbetarifen, also weniger RZ-Einnahmen. Einen Monat später unterschrieb dann Escher «subsidiär» auch die Stellungnahme der Interessengemeinschaft Tele Oberwallis für ein eigenes Oberwalliser Regional-Fernsehen, nicht ohne ausdrücklich an seiner früheren Stellungnahme festzuhalten.

CVPO-Vorstand: Jetzt ohne Staatsanwalt Martin Arnold

Bis vor kurzem figurierte der Name von Staatsanwelt Martin Arnold noch in der Liste des CVPO-Vorstandes. Als die RA bei ihm nachfragte, wusste Arnold nichts von einer solchen Ehre. Inzwischen ist sein Name aus der Liste verschwunden.

Jetzt reicht's! Jetzt abonniere ich die Rote Anneliese

- ☐ Ich bestelle ein RA-Abo für Fr. 50.–
- ☐ Ich verschenke ein RA-Abo für Fr. 50.– (Rechnung an mich)
- ☐ Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von Fr. 25.–

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Geschenk-Abo an:
Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Talon bitte Ausschneiden und senden an:
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig oder per E-Mail: rote.anneliese@rhone.ch

ZI-TÄTER:

«Die zunehmende Fremdenfeindlichkeit in unserem Land gilt es abzulehnen.»
SVP Leukerbad

Rote Anneliese: *Denn die neuste Statistik der Leukerbadner Einwohnerkontrolle zeigt, dass der AusländerInnenanteil in Leukerbad 47,4 % beträgt und dass die UreinwohnerInnen laut Geburtsstatistik bald in der Minderheit sind.*

«Ich bin dagegen, mit Vorstössen aufzuwarten, nur damit man auch etwas eingegeben hat.»
René Imoberdorf, CSPO-Grossrat und Ständeratskandidat

Rote Anneliese: *Wieso nicht etwas eingeben, das Hand und Fuss hat?*

«Sind erschöpfte Kämpferinnen, die aus der Nase bluten und die ausgiebig in Nahaufnahme gezeigt werden, wirklich jene gute Werbung für den Kanton und die Ringkuhkämpfe?»
Walliser Bote, Luzius Theler

Rote Anneliese: *Nein! Die RA schlägt vor, dass alle Fernsehaufnahmen aus dem Wallis in Zukunft vom WB-Presserat genehmigt werden müssen, damit nur saubere Nasen das Wallis verlassen.*

«In Bern hat es mehr Schatten. Im Wallis mehr Sonne. Deshalb sieht man bei uns vieles genauer. Es änderten sich nicht nur die Zeiten, sondern auch meine Ansichten.»
Art Furrer, Hotelier

Rote Anneliese: *Zudem ist es eine infame Lüge, dass Peter Bodenmann meine WB-Kolumnen schreibt.*

«Wie ihm als linientreuen und ausgewiesenem Kandidaten die Parteifreunde an der Ausmarchung im La Poste die Beine absägten, hat Albert nicht verdient.»
Gerlinde Marlene Bärenfaller-Bass, Ständeratskandidatin

Rote Anneliese: *Diesen Support hat Albert wirklich nicht verdient.*

«Ich freue mich, dass es auf dem Rütli noch Kuhdreck hat. Das ist ein Zeichen, dass noch Kühe darauf weiden.»
Bundesrat Christoph Blocher

Rote Anneliese: *…und dass die braune Farbe eine natürliche Farbe ist.*

Leukerbad: Keine Gebührensenkung trotz Millionengewinnen – Gebührenschuld der Sportarena Leukerbad wird «wertberichtigt»

Gemeindepräsident Jean-Roland Roten schweigt!

Gemeindepräsident Jean-Roland Roten: Wurde die Gebührenschuld des Hotels Alpenblick bezahlt oder «wertberichtigt»?

LEUKERBAD – Laut Jahresbericht der Gemeinde Leukerbad wird die Gebührenschuld der Sportarena in der Höhe von rund 380000 Franken «wertberichtigt». Das stösst einigen GebührenzahlerInnen sehr sauer auf. Kritiker Raoul Loretan findet dies eine «unhaltbare Zweckentfremdung von Gebühren». Zudem fordert er stellvertretend für andere eine Gebührenreduktion, weil sich inzwischen die Gewinne aus den Trinkwasser-Gebühren in Millionenhöhe türmen. Gemeindepräsident Jean-Roland Roten verweigerte auf Anfrage die Stellungnahme.

VON KURT MARTI

Bekanntlich steckt die Sportarena Leukerbad (neu: Sportzentrum Leukerbad AG) in finanziellen Schwierigkeiten. In den Jahren zwischen 2003 und 2006 läppte sich unter anderem eine Gebührenschuld von rund 400000 Franken zusammen. Pikanterweise sass während dieser Zeit ein Vertreter der Gemeinde im Verwaltungsrat. Nun zahlen die GebührenzahlerInnen die Zeche, denn laut Verwaltungsrechnung der Gemeinde Leukerbad werden die Gebührenrückstände der Sportarena in den Bereichen Trinkwasser, Licht und Abwasser *«aufgrund der finanziellen Situation der Sportzentrum AG wertberichtigt.»* Insgesamt werden in den Gebührenabrechnungen rund 380000 Franken als Verluste abgebucht. Das stösst einigen GebührenzahlerInnen in Leukerbad sehr sauer auf. Zum Beispiel Raoul Loretan findet dies *«eine unhaltbare Zweckentfremdung von Gebühren und eine Sanierung der Sportarena auf Kosten der Gebührenzahler»*. In diesem Zusammenhang ist auch die frühere Gebührenschuld des Hotel Alpenblicks zu erwähnen, das damals von Gemeindepräsident Jean-Roland Roten geführt wurde. Bis heute weiss niemand, ob die Gebührenschuld von 120000 Franken beglichen wurde. Roten verweigerte der RA mehrmals eine diesbezügliche Antwort. Als Raoul Loretan vor einem Jahr Einblick in die Gebührenrechnung der letzten Jahre nehmen wollte, wurde er von der Gemeinde abgewiesen.

Millionen-Überschüsse angehäuft statt Gebühren reduziert

In einem früheren Gutachten hat der Preisüberwacher verlangt, dass die Gebühren zweckgebunden eingesetzt werden und dass die Gebühren insbesondere der Wasserversorgung um 40 Prozent gesenkt werden müssen. Trotz diverser Einsprachen von Privaten und Betrieben kam es zu keiner Gebührensenkung. Mittlerweile lagern beispielsweise auf dem *«Verpflichtungskonto für Trinkwasser»* rund 1,8 Millionen Franken, nachdem im Jahr 2006 rund 240000 Franken Gewinne hinzugekommen sind. Diese Gewinne dürfen nicht für Investitionen benutzt werden, dafür gibt es nämlich ein eigenes Investitionskonto, auf welches im Jahr 2006 Rückstellungen in der Höhe von 323000 Franken flossen. Als Raoul Loretan in der Urversammlung vom November 2006 eine Gebührenreduktion verlangte, biss er auf Granit: *«Gemeindepräsident Roten hat mir geantwortet, die Gebühren müssten hochgehalten werden, damit die Gemeinde im Gegenzug die Steuern senken könne. Das wäre aber eine klare Zweckentfremdung von Gebühren.»* Die RA wollte Gemeindepräsident Jean-Roland Roten mit den Vorwürfen konfrontieren. Doch dieser erklärte: *«Ich sage nichts.»*

DER HEITERE SCHLUSSPUNKT:

Die Walliser Liga gegen die Suchtgefahren (LVT) bei der Vernichtung des Alkohols.

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig • NR. 198 / JUNI 2007
Bitte Adressänderungen melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis